

SPD (08. WP)

11.04.1978: Fraktionssitzung (Tonbandtranskript)

Vorlage: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), 6/TONS000075. Digitalisiertes Tonband.

Titel der Archivalie: »Fraktionssitzung am 11.4.1978, nachmittags«. **Umfang:** 197 Minuten Aufnahme.

Beginn: 15:00 Uhr. **Sitzungsvorsitz:** Friedrich SchäferHerbert Wehner. **Ort:** Bonn.

Protokolltyp: Wortprotokoll nachträglich.

Ediert durch: Barbara von HindenburgSven Jüngerkes.

Version: Übertragen aus Word; KEINE NAMEN; SVP nach FES-Vorlage; Textkritische Anmerkungen erl., 31.10.2022.

Zitationsvorschlag: SPD, 08. WP, Fraktionssitzung (Tonbandtranskript) am 11.04.1978 bearb. v. Barbara von HindenburgSven Jüngerkes. In: Editionsprogramm »Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–2005«, online. https://www.fraktionsprotokolle.de/spd-08_1978-04-11-t1500_WN.xml (abgerufen am 08.12.2024).

Sitzungsverlauf:

- A. Vorbereitung der Plenarsitzungen. TOP 5: Tagesordnung und Ablauf der Plenarsitzungen.
 - TOP 8: Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates (Änderung der Strafprozessordnung).
 - TOP 9: Erste Lesung des Regierungsentwurfs betr. Änderung des Wohnungsbaumodernisierungsgesetzes.
- B. Berichte. TOP 2: Bericht von Herbert aus der Fraktionsvorstandssitzung (NATO-Rat, Neutronenbombe, Regierungserklärung, Vorbereitung der Plenarsitzungen). – TOP 1: Politischer Bericht des Bundeskanzlers Helmut (u. a. Besuch des tschechoslowakischen Staatspräsidenten ; vorgesehene Regierungserklärung, Tagung des Rats der Europäischen Gemeinschaft in Kopenhagen, Streiks und Aussperrungen). – TOP 6: Regierungserklärung und Entschließung der SPD-Fraktion.
- C. TOP 10: Ausschussberichte zum CDU/CSU-Fraktionsentwurf betr. die Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes und zum Antrag der CDU/CSU-Fraktion betr. den Ausgleich von Steuerausfällen bei den Gemeinden. – TOP 11: Erste Lesung des Regierungsentwurfs betr. die Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften. – TOP 12: Ausschussbericht zum Bericht der Bundesregierung über die gemäß Paragraph 96 Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz getroffenen Maßnahmen. – TOP 13: Ausschussbericht zum

Antrag der CDU/CSU-Fraktion betr. den Bundesfernstraßenbau. – TOP 14: Interfraktioneller Antrag zur Rheumabekämpfung. – TOP 15: Antrag der CDU/CSU-Fraktion betr. die -Verhandlungen, dazu Entschließungsantrag der SPD- und FDP-Fraktion.

- D. Sonstiges. TOP 16: Informationen (Umgang mit Radikalenerlass in Bayern). – TOP 3: Präsenz der Fraktionsmitglieder in den Ausschüssen und im Plenum. – Forts. von TOP 6: Bericht von Bruno zu Abstimmungen mit der FDP-Fraktion und zu Rednern und Rednerinnen in der Debatte. – TOP 4: Aktuelles aus den Arbeitskreisen (Fusionierung von Bahn- und Post-Omnibusdiensten). – Sonstiges: Delegationsreise nach Hessen. – TOP 17a) Antrag auf Einsetzung der Parlamentarischen Kontrollkommission, b) Mitglieder. – TOP 18: Nächste Termine. Verschiedenes.

A.

Schäfer (Tübingen): Ich bitte, Platz zu nehmen. Liebe Genossinnen und Genossen, Herbert *Wehner*, Helmut *Schmidt* und Bruno *Friedrich* sind noch bei einer Verpflichtung im Zusammenhang mit dem Staatsbesuch von *Husák*. Sie werden in Kürze kommen. Herbert *Wehner* hat gebeten, dass wir mit der Sitzung anfangen. Er schlägt vor, dass wir Punkt 1 bis 4 zurückstellen, was ja wohl auch richtig ist. Denn ohne den Politischen Bericht und den Bericht aus der Fraktionsvorstandssitzung können wir – darf ich bitten? – ohne den politischen Bericht und den Bericht aus der Fraktionsvorstandssitzung kann man ja in die Probleme dieser Woche nicht einführen. Seid ihr damit einverstanden? ¹ Darf ich Konrad *Porzner* bitten.

Porzner: Genossinnen und Genossen, in dieser Woche gibt es Änderungen des Ablaufs gegenüber der ausgedruckten Tagesordnung. Aber vorweg zum Üblichen. Am Mittwoch Ausschüsse. Am Mittwoch um 13 Uhr Fragestunde und Donnerstag um 14 Uhr Fragestunde wie immer. Am Donnerstagvormittag um 9 Uhr Abgabe einer Regierungserklärung durch den *Bundeskanzler*, und zwar zu den Ergebnissen der NATO-Ratstagung vom 7. April und der Tagung des Europäischen Rats vom 7. und 8. April 1978. Daran schließt sich eine Aussprache an. Diese Aussprache wird vermutlich einige Zeit dauern.

Deswegen ist von der CDU/CSU darum gebeten worden, den Tagesordnungspunkt 3, Große Anfrage menschenrechtliche Lage in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa und ihre Erörterung auf dem KSZE-Überprüfungstreffen in Belgrad, von der Tagesordnung wieder abzusetzen. Es ist vereinbart worden unter den Geschäftsführern mit den anderen Fraktionen, dass dies nur einvernehmlich wieder auf die Tagesordnung kommt. Das heißt, wir stimmen das dann untereinander ab.

Zweite Änderung: Unmittelbar im Anschluss an die Fragestunde wird ohne Aussprache die Kontrollkommission, Parlamentarische Kontrollkommission Nachrichtendienste eingesetzt. Das geht sehr schnell und wenn alle anwesend sind, dann kann der Präsident – ohne dass wir auszählen – feststellen, dass die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auch die Zusammensetzung dieses Ausschusses beschlossen hat. Das nimmt keine drei Minuten in Anspruch.

Und dann folgt die Beratung des Einspruchs des Bundesrats, also die Zurückweisung des Einspruchs, die Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrats betrifft Änderung der Strafprozessordnung. Dafür brauchen wir die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, das heißt alle Stimmen und die Abstimmung darüber – über diesen Antrag – wird namentlich sein. Es gibt dazu kurze Erklärungen von den Fraktionen.

Im Anschluss daran in verbundener Tagesordnung die Tagesordnungspunkte 4 und 5, also Antrag der CDU/CSU-Fraktion Ausgleich von Steuerausfällen bei den Gemeinden und Gemeindefinanzreformänderungsgesetz. Beide Ausschussberichte sind kontrovers. Wir brauchen also in beiden Fällen die Mehrheit. Die Aussprache darüber wird in zwei Runden stattfinden. Abstimmung also entsprechende Zeit danach.

Tagesordnungspunkt 6, Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Portugiesischen Republik ohne Debatte.

Punkt 7, Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften, eine Runde.

Punkt 8 ebenso eine Runde. Hier geht es um Bericht der Bundesregierung über die von ihr in den Rechnungsjahren [19]73, [19]74 und [19]75 getroffenen Maßnahmen nach [Paragraph] 96 BVFG. Weiß ich gar nicht, was das heißt: Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz. Punkt 9, Bundesfernstraßenbau. Ein Antrag der CDU. Eine Runde je Fraktion, aber wenn es geht bitte nicht so lange. Von Punkt 10 bis einschließlich 18 wird alles ohne Aussprache behandelt.

Am Freitag um 9 Uhr dann Änderung des Wohnungsmodernisierungsgesetzes. Einbringung durch Dieter *Haack*. Im Anschluss daran eine Aussprache, die etwa zwei Stunden in Anspruch nehmen wird, also voraussichtlich zwei Runden. Dann Rheumabekämpfung, ein interfraktioneller Antrag. Kurze Erklärungen dazu je Fraktion. Und als letzter Tagesordnungspunkt Antrag der CDU/CSU, GATT-Verhandlungen, je Fraktion ein Redner. Das Wichtigste also, erstens dass wir sowieso am Donnerstag um 9 Uhr anwesend sind, aber dass wir bei den Abstimmungen, namentlichen Abstimmungen und Abstimmungen, die kontrovers sind, am Donnerstag alle an Deck sind.

Schäfer (Tübingen): Vielen Dank. Gibt es Wortmeldungen dazu? Ich bitte doch Platz zu nehmen und die Gespräche aus dem Saal hinaus zu verlagern. Keine Wortmeldungen? Dann kommen wir zu den einzelnen Punkten. Ich schlage vor, Punkt 6 zurückzustellen, bis der Berichterstatter Bruno *Friedrich*, der *Bundeskanzler* und der *Fraktionsvorsitzende* anwesend sind. ²

Punkt 8, Gerhard *Jahn* bitte.

Jahn: Genossinnen und Genossen, der Vermittlungsausschuss hat in seiner Sitzung am Gründonnerstag zu dem Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung mit Mehrheit beschlossen, den Gesetzesbeschluss des Bundesta-

ges zu bestätigen und dies als Vermittlungsvorschlag dem Bundestag und dem Bundesrat zur Kenntnis zu bringen. Der Bundesrat, der in dieser Frage –

Schäfer (Tübingen): Darf ich um Aufmerksamkeit bitten. Dies ist ein sehr wichtiger Punkt, bei dem es nachher auf jede Stimme ankommt.

Jahn: Der Bundesrat, der in dieser Frage ja bemerkenswerterweise entgegen seiner sonstigen Haltung die Auffassung vertreten hat, das Gesetz sei nicht zustimmungsbedürftig, sondern Einspruchsgesetz, hat am vergangenen Freitag Einspruch eingelegt. Sein Vermittlungsbegehren war, die Fassung der Beschlüsse des Bundestages dahin abzuändern, die Auffassungen der CDU/CSU-Fraktion – auf deren Vorlagen der Bundesrat ausdrücklich Bezug genommen hat – in seinem Vermittlungsbegehren durchzusetzen. Dies ist auch die politische Begründung des Einspruchs. Für uns kommt es darauf an, diesen Einspruch zurückzuweisen. Wir brauchen dazu, Konrad *Porzner* hat es eben schon gesagt, mindestens 249 Stimmen. Wir sähen sehr gut aus, wenn wir alle Stimmen der sozial-liberalen Koalition gegen dieses Ansinnen des Bundesrats geltend machen könnten. Dies ist die Empfehlung des Fraktionsvorstandes. Es wird eine Runde von Erklärungen geben, wie üblich. Für die Fraktion wird auf Vorschlag des Arbeitskreises Recht Alfred *Emmerlich* die Erklärung abgeben, verbunden mit dem Antrag – es ist wichtig, dass dieser Antrag gestellt wird, damit die Abstimmung nachher richtig verläuft –, verbunden mit dem Antrag, den Einspruch zurückzuweisen. Dies gibt uns die Möglichkeit, dass wir als Antragsteller die Form der Abstimmung bestimmen. Dann bedeutet nämlich die Zustimmung zu diesem Antrag Abgabe der blauen Karte. Wir werden natürlich namentliche Abstimmung beantragen.

Schäfer (Tübingen): Vielen Dank. Gibt es Wortmeldungen dazu? Keine Wortmeldungen. Donnerstag unmittelbar im Anschluss an die Fragestunde.

Dann kommen wir zu Punkt 9, Horst *Krockert*.

Krockert: Nummer 9. Genossinnen und Genossen, es geht um das Modernisierungsergänzungsgesetz, mit dem wir die Energie einsparenden Baumaßnahmen einführen wollen in das bisher schon geltende Modernisierungsgesetz. Die Geschichte dieser Sache dürfte euch noch gegenwärtig sein. Die Bundesregierung hat den Versuch gemacht, die Länder zu bewegen zu einem gemeinsamen Programm. Das ist gescheitert, weil die Länder nicht bereit waren, Verwaltungsvereinbarungen darüber abzuschließen. Der nächste Anlauf besteht jetzt darin, dass das Modernisierungsgesetz ergänzt werden soll im Sinne dieses Programms, so wie es gewesen ist und das bedeutet Zuschussförderung für Energie einsparende Baumaßnahmen in Höhe von 4,36 Milliarden, die auf fünf Jahre berechnet waren, aber in der gesamten Höhe dieser 4,36 Milliarden Bund und Länder zusammen fifty : fifty für Zuschüsse bestimmt waren. Dies ist abermals auf den Widerspruch der Länder, nunmehr im Bundesrat, gestoßen. Die wollen was anderes, und zwar haben sie verkündet, sie seien eher für eine Steuervergünstigungsregelung mit demselben Ziel, nämlich Energie einsparende Baumaßnahmen.

Daraus ist nun also eine ausgesprochene Kontroverse geworden, mit der wir uns auf die Gesetzgebung zubewegen. Am Freitag ist erste Lesung. Unser Ehrgeiz besteht darin, bis zur Sommerpause diese Geschichte hier zum Abschluss zu bringen, und zwar deshalb weil es nicht in unserem Belieben steht, ob wir eine solche Maßnahme überhaupt machen sollen oder es auch bleiben lassen. Energieeinsparung ist so wichtig geworden, dass es auch nicht darauf ankommt, das etwa noch ein paar Monate oder auch ein Jahr zu warten. Wir stehen also unter Zeitdruck und das bedeutet, dass wir uns auch gefasst machen müssen darauf, dass das Ganze in einem Kompromiss mit den Ländern enden wird.

Gleichwohl haben wir zunächst einmal Folgendes zu sagen: Unsere Auffassung – auch die der Bundesregierung – war die einer umfassenden Zuschussförderung und wir sehen den Vorzug der Zuschussförderung in einer Reihe von Punkten gegenüber allem, was sich an Steuervergünstigungen da erfinden lässt.

Einmal: Ich kann, wenn ich Zuschüsse gebe, die Förderungsvoraussetzungen festlegen, aufgrund derer die Investitionsentscheidungen bei den Privaten vorher schon geprüft werden können, ob sie dafür infrage kommen oder nicht. Ich habe also das auch im Blick auf das Einsparungsergebnis unter Kontrolle. Wenn ich eine steuerliche Regelung mache, habe ich diese Möglichkeit nicht. Es wird investiert und der Mann hat einen Rechtsanspruch darauf, dass er steuerliche Abschreibungen bekommt. Hier gibt es also keine ergebnisbezogene Investitionskontrolle wie bei der Zuschussförderung.

Zweitens: Bei Mietwohnungen bedeuten Zuschüsse, dass diese Effekte weitergegeben werden müssen an den Mieter. Wenn nämlich der Vermieter daraufhin Mieten erhöhen will, was er darf, dann muss er davon aber wieder die Zuschussbegünstigung abziehen. Wenn stattdessen eine Steuervergünstigung ihm einräume, braucht er nichts an den Mieter weiterzugeben. Der gesamte Vorzug verbleibt beim Eigentümer, gleich Vermieter, wenn es sich um Mietwohnungen handelt.

Dritter Vorzug der Zuschussregelung gegenüber einer steuerlichen Regelung: Die Zuschüsse wirken – wie jedermann weiß – einkommensunabhängig, ob er reich ist oder arm, viel Einkommen hat oder wenig Einkommen, die Zuschüsse bleiben dieselben, denn sie sind an den Zweck Energieeinsparung bemessen und an sonst nichts. Bei steuerlichen Vergünstigungen ist das bekanntlich anders. Je mehr einer in der Progression steht bis hin eben zu den 56 Prozent, kann er mehr Vorteil dabei kassieren als einer, der weniger Einkommen hat, was wiederum beim Zuschuss nicht möglich ist. Pro-

gressionsbezogen haben also die Reicheren, wie wir uns ausdrücken, mehr davon als die Ärmere, was wiederum für die Zuschussregelung spricht. Ein weiterer Vorzug der Zuschussregelung, der damit verbunden ist. Wenn ihr noch bitte einen Moment zuhören möchtet, Genossen. Es ist wichtig, dass ihr versteht, worüber wir uns jetzt mit den Ländern, sprich mit deren CSU/CDU-Mehrheit auseinanderzusetzen haben.

Schäfer (Tübingen): Liebe Genossinnen und Genossen, ich denke, dass das, was Horst Krockert vorträgt, nützlich ist für viele Versammlungen in den Wahlkreisen.

(Beifall.)

Krockert: Ich kriege übrigens auch gerade signalisiert, dass es vielleicht zweckmäßiger wäre, leiser zu sprechen, weil dies möglicherweise sogar den Aufmerksamkeitseffekt erhöht. Ich werde das versuchen und hoffe, es mit meinem Temperament in Einklang zu halten. Genossen, es lässt sich leicht ausrechnen, wenn wir sagen, 25 Prozent einer bestimmten Investition soll bezuschusst werden, also in Höhe von 25 Prozent der Investition soll der Mann einen Zuschuss kriegen können, dass dann im Gegensatz zu einer steuerlichen Regelung mit demselben Subventionsvolumen mehr erreicht wird, als wenn der Betreffende sagt, ich kann ja auch Steuervorteile in Anspruch nehmen, eben im Progressionsfall bis zu 56 Prozent. Dann wird eben mit entsprechend mehr öffentlicher Aufwendung weniger an Effekt geleistet. Auch das ist, wie ich meine, ein ganz beträchtlicher Vorteil jeder Zuschussregelung gegenüber einer steuerlichen.

So! Wir werden also in unserer Erklärung am Freitag diesen Unterschied deutlich machen und erklären, weshalb wir Sozialdemokraten auf jeden Fall eine Zuschussregelung auch für die Energie einsparenden Investitionen bevorzugen. Wir werden dies allerdings nicht in einer Tonart machen können, die etwa so aussieht: steuerliche Regelungen nur über unsere Leiche, jeden-

falls überhaupt nicht. Dieses geht nicht mehr, und zwar aus zwei Gründen. Erstens wissen wir, dass wir dieses Programm ohne die Zustimmung der Länder überhaupt nicht durchsetzen können und die Sache hat nun inzwischen ja auch schon ihre Geschichte, die das bestätigt hat. Wir werden uns also darauf gefasst machen müssen, Schritte auf die Länder zuzumachen. Zweitens: Wir selber haben hinsichtlich der Steuern in diesem Zusammenhang einige Wünsche, bei denen wir gar nicht erst auf die CDU/CSU warten müssen, weil wir selber sie schon seit einigen Jahren vor uns herschieben. Es gibt ja jetzt bereits Steuerbegünstigungen auch für Modernisierungsmaßnahmen, aber darin gibt es einige Löcher, einige Verwerfungen, einige Ungeheimtheiten, von denen wir selber der Überzeugung sind, dass sie ausgeräumt werden sollten. Deshalb ist auch die Bundesregierung der Auffassung, dass wir selber, was jetzt in diesem Regierungsentwurf noch nicht drinsteht, vorbereiten müssen Ergänzungen der bereits bestehenden rechtlichen, steuerrechtlichen Regelungen, die diese verbessern. Aber da kommt nun natürlich unser *Finanzminister*, da kommen auch die Finanzminister der Länder und sagen, das ist ja schön und gut, aber das wird zusätzlich etwas kosten und das müsst ihr nun von eurem Zuschussvolumen abziehen. Liebe Genossen, an dieser Stelle sind wir selber noch im Ringen mit unseren eigenen Genossen. Wir sind nämlich nicht der Überzeugung, dass wir uns dieses Zuschussprogramm, auf dem wir insistieren, nun soweit herunterdrosseln lassen dürfen im Blick auf steuerliche Regelungen, dass dann überhaupt nichts Nennenswertes dabei übrig bleibt. Ich bin noch nicht in der Lage, euch zu diesem Punkt – obwohl wir Freitag schon in die erste Lesung gehen – ein abschließendes Wort zu sagen, weil morgen in der Kabinettsitzung darüber auch noch etwas fällig ist, was wir zunächst einmal abzuwarten haben werden. Dies zunächst einmal als einen einführenden Bericht in das, was wir am Freitag in erster Lesung zu behandeln haben. Das Gewichtigere wird sich daran erst in den Ausschussberatungen anschließen. Danke, Genossen.

Schäfer (Tübingen): Vielen Dank, Horst *Krockert*. Gibt es Wortmeldungen dazu? Hansmartin *Simpfendörfer*. Ich bitte, die Unterhaltungen im Saal einzustellen und die notwendigen Gespräche nach außen zu verlagern.

Simpfendörfer: Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte gern in dem Zusammenhang den *Finanzminister* fragen, wie er denkt, eine Kompromisslösung Zuschüsse und Steuervergünstigungen auf dem vorgesehenen Niveau größenordnungsmäßig sozusagen festschreiben zu können. Vorgesehen sind ja 4,35 Milliarden in einem Fünf-Jahres-Zeitraum. Solange man das auf Zuschussmethodik aufbaut, ist es gar kein Problem, soundso viel auszugeben. Nur in dem Augenblick, wo man sagt, einen erheblichen Teil davon wollen wir über den Weg der Steuervergünstigungen machen, dann wird die Sache ja in der Größenordnung unkontrollierbar, weil man erstens nicht weiß, wie viele nehmen das in Anspruch, zweitens weil man nicht weiß, wie hoch wird denn die Steuervergünstigung pro Antragsberechtigtem. Denn wenn der bei 22 Prozent steht oder bei 45 Prozent steht, je nachdem, die Steuerbegünstigung wird kleiner oder größer und damit auch das Volumen, um das es insgesamt geht. Das scheint mir unter Haushaltsgesichtspunkten eigentlich der heikelste Punkt der ganzen Überlegungen zu sein, abgesehen von der Verteilungsgerechtigkeit. Denn ich glaube nicht, dass wir in der Lage sind, über das vorgesehene Volumen hinaus wesentliche Haushaltsrisiken in Kauf zu nehmen angesichts dessen, was im Haushalt [19]79 und folgende schon deutlich sichtbar auf uns zukommt. Insofern glaube ich müsste man das, was in der ersten Lesung gesagt wird über die Qualität von Zuschüssen im Unterschied zu Steuervergünstigungen auch unter Haushaltsgesichtspunkten noch einmal etwas deutlicher qualifizieren, eben auf die Risiken hinweisen, die sich zwangsläufig daraus ergeben, wenn man den Weg der Steuervergünstigungen wenigstens teilweise wählt.

Schäfer (Tübingen): Rolf *Böhme* bitte.

Böhme: Horst *Krockert* hat mit Recht auf die Punkte hingewiesen, die kritisch bei einer steuerrechtlichen Regelung anzuführen sind. Er hat einen Punkt dabei ausgelassen, der jetzt von Hansmartin *Simpfendörfer* unter dem Haushaltsaspekt aufgegriffen worden ist, nämlich das Problem, wie das Nebeneinander von Zuschuss und steuerrechtlicher Begünstigung geregelt werden kann. Wir sind bisher in der Vordiskussion so weit gekommen, dass wir sagen, eine Kumulation von Steuervergünstigung und Zuschuss muss ausgeschlossen werden, und gehen auf eine sogenannte Optionsregelung, das heißt entweder Zuschuss oder steuerrechtliche Regelung. Damit ist im Wesentlichen auch haushaltsmäßig das Problem, das Hansmartin *Simpfendörfer* ja zu Recht aufgegriffen hat, eingegrenzt. Wenn man jetzt sich beschränkt, nur mal die steuerrechtliche Regelung, was dies kosten könnte, abzuschätzen, so sind wir jetzt bei einem Betrag, der noch näherer Überprüfung bedarf. Deswegen will ich ihn hier jetzt gar nicht nennen, weil er – wie gesagt – noch nicht endgültig feststeht. Aber sicher ist, dass dieser Betrag, der beim Steuerrecht als Steuerausfall anfallen würde, dann bei der Zuschussregelung abgerechnet wird. Das heißt, das Volumen insgesamt soll nicht höher werden, als es bisher veranschlagt war.

Schäfer (Tübingen): Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen? Dieter *Spöri*.

Spöri: Genossinnen und Genossen, wir haben gerade eben von Horst *Krockert* und von Rolf *Böhme* und von Hansmartin *Simpfendörfer* einige Problempunkte im Zusammenhang mit der steuerrechtlichen Handhabung dieses Wohnmodernisierungsgesetzes gehört, und ich glaube, diese steuerrechtliche Instrumentarien, die können ja nur sinnvollerweise praktiziert werden, wenn in dem unteren Bereich, wo durch den steuerlichen Anreiz infolge der progressiven Entlastungswirkung wenig Anreiz entsteht durch Steueranreize, wenn dort Zuschüsse gegeben werden. So muss ja ungefähr diese Regelung laufen. Wenn man dann die Probleme der mangelhaften Vorausschätzung der Einnahmeverzichte in den Griff kriegen will, wenn man gleich-

zeitig dafür sorgen will, dass insgesamt gesehen der Anreiz im unteren Einkommensbereich relativ groß ist, dann muss man sicherlich darauf hinarbeiten, *Rolf*, dass man eine Regelung macht, die bei hohen Einkommensgrenzen ansetzt. Das heißt die Einkommensgrenzen, unter denen der direkte Zuschuss gewährt wird und nicht der Steueranreiz gewährt werden soll, diese Einkommensgrenzen müssen relativ hoch angesetzt werden bei diesen Kompromissverhandlungen. Das scheint mir entscheidend zu sein und je nachdem wie die Gewichte hier verteilt werden im Gesamtpaket, ist dieses für uns hier akzeptabel oder nicht akzeptabel. Nicht akzeptabel ist für uns auf jeden Fall, *Rolf [Böhme]*, eine Lösung, in der der direkte Zuschuss gewissermaßen nur noch ein Wurmfortsatz der übrigen Programmteile, nämlich der steuerlichen Programmteile darstellt.

Noch mal was Grundsätzliches: An und für sich sollte man hier relativ kompromissbereit sein, weil ja dieses Heizenergieeinsparungsprogramm an und für sich einen programmatischen Bereich darstellt, wo relativ schnell eine strukturpolitische Konzeption, die auch auf dem Parteitag diskutiert worden ist, umgesetzt worden ist hier in gesetzgeberischer Initiative und dies wirkt sicherlich auch parteipsychologisch etwas entlastend.

Schäfer (Tübingen): Besten Dank. *Peter Conradi*.

Conradi: *Böhme*, habe ich dich richtig verstanden, du hast gesagt, wenn das steuerlich mehr wird mengenmäßig als erwartet, nehmen wir das aus dem Zuschussteil weg. Dann ist das doch eine sehr unsichere Rechnung. Wenn dann von den 4,35 Milliarden Mark nicht nur anderthalb Milliarden Mark in die Steuer gehen, sondern vielleicht zweieinhalb oder drei, müsste das heißen, dass wir im Zuschussteil dann im zweiten Jahr einen Strich ziehen und sagen: aus Freunde, ist nicht mehr da für euch, haben die Leute, die es über die Steuer machen, weggevespert. Das heißt, es haben dann die, die auch noch in der Progression mehr verbrauchen, in der Steuerprogression mehr

zurückkriegen, die haben unter Umständen in zwei Jahren das vom Programm abgesahnt, was wir für den Rentnereigenheimer eigentlich haben wollten. Ich halte es doch für eine sehr unsichere Rechnung, die wir da eingehen, auch politisch.

Schäfer (Tübingen): Genosse *Kühbacher*.

Kühbacher: Rolf *Böhme*, ich wollte diese Frage noch mal ein bisschen verdeutlichen. Es kann doch wohl nicht so sein, dass sich die Bundesregierung künftig Informationen darüber geben lässt, welcher Steuerpflichtige welche Absetzungsverträge bei den Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung anbringt, in welcher Höhe er seine Progression, Steuerprogression dadurch mindert. Solche Unterlagen gibt es weder im Einkommensteuerrecht noch in der sonstigen Vermögensübersicht und ich kann mir nicht vorstellen, wie du diesen Apparat handhaben willst.

Und im Übrigen möchte ich auch auf einen anderen Punkt hierbei hinweisen. Genossinnen und Genossen, wir sind dabei, bei dieser Maßnahme es denjenigen, die es haben, nämlich finanziell, über die Steuerprogression noch ein zweites Mal in den Hintern hineinzuschieben. Jeder, der in der Lage ist, Investitionen zu tätigen, kann bis zu 14 Prozent jeweils dem Mieter auflegen und er wird sie aus der Steuerprogression noch ein zweites Mal absetzen können, und zwar innerhalb von zehn Jahren, wenn ich das richtig sehe, wird er die Investition ein zweites Mal hereinbekommen. Und dieses ist von der Menge her, *Rolf*, überhaupt nicht zu steuern. Es ist zu befürchten, dass jeder, der irgendeine Reparatur in absehbarer Zeit hat, diese als Energiesparinvestition verkleistert und sie dann versucht, so schnell wie möglich durchzusetzen. Wenn die Option kommt, wir machen die Schraube zu, wenn das Fass ausgelaufen ist, wird es eine unübersehbare Menge in sehr kurzer Zeit werden.

Schäfer (Tübingen): Vielen Dank. Darf ich der Fraktion Folgendes mitteilen. Ich habe es jetzt erst erfahren. Der zuständige Minister Dieter *Haack* ist abgehalten, weil er bei einer Beerdigung in seinem Wahlkreis anwesend sein muss. Sonst könnte vielleicht die Frage kommen, wo ist der *zuständige Minister* jetzt. Dafür ist der *Staatssekretär* hier. Gunter *Huonker*.

Huonker: Genossinnen und Genossen, ich kann es, glaube ich, relativ kurz machen nach dem, was Horst *Krockert* gesagt hat. Auf zwei Gesichtspunkte muss man wohl noch hinweisen. Das Programm ist ja jedenfalls nach der jetzigen Finanzplanung deswegen, was die Programmförderung angeht, finanzwirtschaftlich überschaubar, weil es ein Programm ist, ursprünglich auf vier, jetzt auf fünf Jahre angelegt. Meine Frage ist, ob innerhalb der Bundesregierung daran gedacht wird, zumindest zu versuchen, dass das schwierig genug werden würde, weiß ich, diese steuerrechtliche Regelung, wenn sie kommen muss, zeitlich zu begrenzen.

Und das Zweite ist, auch darauf will ich nur mit Stichworten hinweisen, dass natürlich eine freie Option mit außerordentlichen Schwierigkeiten auch aufseiten der Finanzverwaltungen verbunden sein wird. Jedenfalls dann, wenn man beliebig wählen kann zwischen der steuerrechtlichen Subvention einerseits und der Programmförderung andererseits. Die Behörden, die die Programmförderung administrieren, die sie ja aus anderem Grund es gewöhnt, einfach Einkommensbescheinigungen und Ähnliches beim Finanzamt zu holen. Wenn man jetzt jedes Mal dann, wenn das Finanzamt im Rahmen einer Einkommensteuererklärung beispielsweise hier gebeten wird, diese Sonderabschreibung geltend zu machen, wenn dann das Finanzamt auch noch klären muss, ob keine Programmförderung beantragt und gewährt worden ist, wird dies natürlich kein Beitrag sein, um die Finanzämter in der Arbeit zu entlasten.

Schäfer (Tübingen): Dietrich *Sperling* bitte.

Sperling: Genossinnen und Genossen, ich habe bei dieser Geschichte meine Lernerfahrungen in Komplikationen gemacht. Wenn ich das drastisch ausdrücke, dann muss ich sagen, mit der nadelöhrgroßen Kompetenz des Bauministeriums versuchen wir, die entsprechenden Lebewesen aus anderen Ministerien zu einer Einigung zu bringen. Die müssen alle als Kamele durch irgendein sehr enges Nadelöhr von Kompetenzen durchmarschieren. Ich will euch auch nicht mit den ganzen schwierigen Einzelheiten, mit den ganzen schwierigen Einzelheiten, dies auf einen Nenner zu bringen, jetzt befassen. Ich will euch nur sagen, was die Einkommensteuerproblematik angeht, ist der Sündenfall bereits beim Modernisierungsgesetz begangen worden und da werden schon Energie sparende Investitionen steuerlich begünstigt.

Die Fragestellung, die wir genauso zu beantworten haben, die aber keines der anderen Ministerien so sehr interessiert, ist, wie das nachher auf der Ebene Bauamt – Bürger umgesetzt wird und der Ärger, den wir möglicherweise auf Finanzämtern vermeiden, der findet dann nur auf den Bauämtern statt. Eine meiner größten Sorgen ist, dass wir am Schluss damit landen, dass entweder auf Finanzämtern oder Bauämtern die Beamten zwar Anträge und Steuervergünstigungen geben oder entgegennehmen, aber dabei das Programm miesmachen, weil es verwaltungsmäßig sehr schwer umzusetzen ist, Modernisierungsmittel auf der einen Seite mit einer Zuschussform, Aufwendungsdarlehen, Energiesparmittel auf der anderen Seite mit einer anderen Zuschussform, nämlich richtige Zuschüsse und dann noch Steuervergünstigungen daneben. Da findet niemand mehr durch, der als Bürger Energie sparen möchte und dabei die öffentlichen Vergünstigungen in Anspruch nehmen möchte. Dies auf einen Nenner zu bringen zwischen Wirtschaftsministerium, Finanzministerium und Bundesrat, der auf keinen Fall ein Programm aus einem Guss durchgehen lassen will schon aus Prestigepuzzelei und Konfrontationsgründen, ist also kompliziert und führt dazu, dass das Ganze in den Einzelregelungen nahezu undurchschaubar ist.

Deswegen ist meine Bitte, hinzunehmen, dass unser Steuersystem am Energiespargesetz nicht geändert werden kann und dass wir im Rahmen des geltenden Steuerrechts, wenn wir steuerrechtliche Regelungen machen, auch bleiben müssen und wir das Energiesparprogramm nicht dazu benutzen können, dort etwas zu verändern. Da wir den Fehler schon über das Wohnungsmodernisierungsgesetz in den 82a eingebracht haben, werden wir im Rahmen dessen, was dort geschehen ist, auch weiter handeln müssen. Dieser Paragraph 82a, das ist die Antwort an Gunter *Huonker*, wird zeitlich begrenzt. Das Programm, auch die steuerliche Vergünstigung, wird auf fünf Jahre beschränkt laufen. Die Frage taucht dann auf im nächsten Bundestag, ob das etwa verlängert werden soll auf der steuerlichen Seite oder ob man daneben dann noch einmal, wenn es verlängert wird, auch noch Programmmittel haben soll. Dies wird der *Finanzminister* ungern hören. Er wird auch wohl aus der gegenwärtigen Sicht dagegen sein. Das wäre es, was ich dazu sagen möchte.

Schäfer (Tübingen): Vielen Dank. Rolf *Böhme*.

Böhme: Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte noch mal in Erinnerung rufen, dass unsere Präferenz ganz eindeutig der Zuschussregelung gehört. Das heißt, alles, was wir hier jetzt diskutieren unter dem Stichwort steuerrechtliche Regelung, ist in den letzten Tagen, in den letzten Wochen als Kompromissmöglichkeit an uns herangetragen worden, um das Gesetz, das Modernisierungsgesetz zu retten und damit dem wichtigen Gedanken der Energieeinsparung, der Heizenergieeinsparung auch politisch einen Durchbruch zu verhelfen. Das ist der Ansatz, den wir uns bei der ganzen Beurteilung dieser Frage in Erinnerung rufen müssen.

Und nun ist es selbstverständlich, dass bei der sehr schnell an uns herangetragenen Frage Kompromissmöglichkeit über steuerrechtliche Lösungen eine ganze Reihe von Problemen auftreten. Einige sind von den Kollegen hier

genannt worden und wir werden über all diese Probleme noch zu befinden haben. Horst *Krockert* hat deutlich gemacht, dass es jetzt nur darum geht, eine Grundsatzentscheidung zu treffen, dass wir nicht bei der Zuschussregelung beharren, sondern auch bereit sind, im Interesse eines Gelingens des Wohnungsmodernisierungsgesetzes auch auf steuerliche Regelungen auszuweichen.

Dies vorausgeschickt noch einige Sätze jetzt zu den Spezialpunkten, die hier angesprochen worden sind. Zunächst noch mal zum Verhältnis Zuschuss und steuerliche Regelung. Ich habe, Dieter *Spöri*, hier nicht von Einkommengrenzen gesprochen, sondern ich habe davon gesprochen, dass eine Kumulation verhindert werden muss und dies bedeutet, dass wir nach gegenwärtigem Diskussionsstand eine Option einräumen wollen entweder – oder, entweder Zuschuss oder steuerliche Regelung. Wobei dies der Entscheidung des betreffenden Steuerpflichtigen überlassen bleibt. Also Prüfung von Unterlagen wird so für das Finanzamt nicht in Betracht kommen, sondern dies geht auf Antrag seitens des Steuerpflichtigen selbst. Das führt natürlich dazu, dass eine Komplizierung eintritt, weil spiegelbildlich beim Zuschuss angegeben werden muss: keine steuerliche Regelung, wie umgekehrt bei der steuerlichen Regelung bei der Einkommenserklärung angegeben werden muss: ein Zuschuss wurde nicht beantragt. Das ist der Tribut, der verwaltungsmäßig zu zahlen ist.

Dann Frage von Peter *Conradi*, Quantifizierung des steuerlichen Ausfalls. Diese Frage ist mit Recht gestellt. Auch die Antwort kann nur mit einem Risiko behaftet gegeben werden, welches der endgültige Ausfall sein wird. Ich sagte vorhin, wir können die Zahl noch nicht endgültig nennen. Aber wir gehen davon aus in der Zielvorstellung, dass das Paket insgesamt nicht höher ausfallen soll, als es veranschlagt war, also rund 4,5 Milliarden D-Mark. Die Ausfallschätzung, die Ausfallschätzung bei der Steuer ist mit einem Risiko behaftet, das ist völlig, völlig klar. Es geht letztlich darum, Genossinnen und Ge-

nossen, ob wir das, was ich vorhin sagte, den Gedanken der Heizenergieeinsparung so wichtig erachten und wir erachten ihn so wichtig, dass wir bereit sind, diesen Kompromissweg zu gehen, auch steuerliche Regelung mit einzubeziehen. Im Übrigen wird heute Abend eine gemeinsame Sitzung der Arbeitsgruppen Steuern und Bau sein, um diese Probleme speziell aufzugreifen und zu diskutieren.

Schäfer (Tübingen): Ulrich Steger bitte.

Steger: Rolf Böhme und Dietrich Sperling, wir sind ja alle sehr willig, und ich glaube, das ist auch in den Arbeitskreisen signalisiert worden. Nur eine Erklärung hätten wir von euch gerne. Wie wollt ihr sicherstellen, dass wir in eine Situation kommen, in der die Zuschussregelung wegen der Limitierung der Finanzmittel nicht mehr läuft, die steuerliche Regelung aber wegen dem damit verbundenen Rechtsanspruch weiter in Anspruch genommen werden kann? Ich glaube, das ist doch der Punkt, wo wir die größten Schwierigkeiten zu befürchten hätten und da müsste eine Regelung gefunden werden, dann wäre doch alles klar. Ich meine, das Nebeneinander von Prämien und Steuern gibt's ja im Steuerrecht ständig, wenn ich nur an die Bausparkassen denke. Aber hier ist doch der Punkt.

Schäfer (Tübingen): Zur Beantwortung darauf Dietrich Sperling.

Sperling: Nach meiner Kenntnis kann man dies nicht sicherstellen. Wir haben im Modernisierungsteil des Gesetzes, Wohnungsmodernisierungsgesetz, jetzt gültiges Recht einschließlich 82a Steuerrecht, dieses Problem für die Modernisierung jetzt schon, und zwar Modernisierung, die dieselben Bauteile – wärmedämmende Fenster, Dämmmaterial – betrifft. Nur wir erweitern jetzt den Topf, aus dem dieses gefördert werden kann. Aber sicherstellen kannst du es nicht, denn das Steuerrecht gibt einen Rechtsanspruch, während die Mittel, die Zuschussmittel begrenzt sind und nur so weit verteilt werden können, wie sie reichen. Und deswegen könnte es sein, dass, wenn

dieses Programm anspringt, Uli *[Steger]*, hör mal einen Moment zu, wenn dieses Programm anspringt, dass dann mehr gebraucht werden könnte. Wenn dieses Programm anspringt. Aber wenn es anspringt, dann hat das auch einen konjunkturellen Effekt, den wir sehr schätzen würden, nämlich es fördert innerhalb der Bauwirtschaft auch Investitionen in Zulieferbetrieben und deswegen muss man, wenn das in dem Ausmaß anspringt, sich anschauen, was der konjunkturelle Effekt ist und dann müssen wir wieder mal darüber diskutieren. Aber sicherstellen kannst du nichts.

Schäfer (Tübingen): Helmut *Rohde*.

Rohde: Liebe Genossinnen und Genossen, es trifft zu, was Ulrich *Steger* gesagt hat, dass wir hier sehr willig sind zu folgen. Genauso wie wir in den letzten Monaten ja auch gefolgt waren bei der These, es ginge überhaupt nicht über die Steuererleichterung, sondern nur über die Zuschüsse. Die Liberalen werden es ja in diesem Zusammenhang einfacher haben, weil die im Grunde genommen in den letzten Monaten schon mehrfach zu erkennen gegeben haben, dass sie lieber über die Steuererleichterungen als über die Zuschüsse das Energiesparprogramm fördern würden. Nun ist in diesem Zusammenhang ja eine Frage nach der Koalition – Genossen, es ist sehr schwer, dagegen anzureden –,

(Zwischenruf *Schäfer (Tübingen)*: Fürchterlich.)

ist in diesem Zusammenhang ja eine ganz ernste Frage danach zu stellen, wie denn innerhalb der Koalition politische Entscheidungen eigentlich zustande kommen. Wenn im ersten Durchgang der Kabinettsberatungen es sich zeigt, dass die Liberalen mit ihren Vorstellungen über Steuern nicht durchkommen und dies ist ja nicht das erste Mal so gewesen, dann der Bundesrat mit einem Mehrheitsvorschlag der CDU/CSU kommt, der in steuerlicher Hinsicht den Vorstellungen auch der Liberalen Rechnung trägt, und schließlich dann – das sehe ich ja realistischerweise ein – von unserer Seite

ein Kompromiss geschlossen werden muss, um überhaupt in der Sache weiterzukommen, dann fragt sich doch aber auch, wie denn nun mit den Liberalen darüber gesprochen wird, wie Dinge, die uns besonders gesellschaftspolitisch am Herzen liegen, in dieser Koalition behandelt werden. Muss man das nur alles isoliert machen oder kann man hier nicht mal einige Punkte der Gesellschaftspolitik zueinander bringen und sagen, wir sind kompromissfähig, aber wie sieht es denn nun mit der anderen Seite in der Koalition aus? Hier will ich daran erinnern, dass wir zum Beispiel in Fragen der Arbeitszeitordnung – und dahinter steht nicht Arbeitszeitverkürzung, sondern Überstundenregelung und Beschäftigungspolitik – seit Monaten nicht weiterkommen im Gespräch mit der Koalition. Ich würde ein Verfahren für richtig halten, das wir im Grunde genommen am Anfang der sozial-liberalen Koalition auch praktiziert haben, in dem wir uns wechselseitige Interessen vor Augen führten und versuchten, dann zu einem Ausgleich zu kommen, aber nicht dass wir dauernd nur partielle Rechnungen präsentiert kriegen, die den Interessen der einen Seite Rechnung tragen.

(Beifall.)

Schäfer (Tübingen): Ulrich Steger.

Steger: Entschuldigt, dass ich so hartnäckig bin. Aber um es ganz klar zu sagen, was wir brauchen, um zu verhindern, dass wir mit diesem Programm in größte Schwierigkeiten dann kommen, wenn der Topf für Zuschussregelungen ausgeschöpft ist und der Steuertopf weiter in Anspruch genommen wird, ist eine Regelung, so wie wir es beispielsweise wie bei den Bausparkassen haben oder eine politische Erklärung des *Finanzministers* würde auch ausreichen, dass für den Fall, wenn bei den Zuschüssen weiterer Bedarf besteht, auch über den vorgesehenen Programmrahmen hinaus Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit wie bei der Steuerregelung alle befriedigt werden können. Denn sonst kommen wir da in die größten Schwierigkeiten,

wenn der Bergarbeiter eben keinen Zuschuss kriegt und der Arzt kriegt seine Steuererleichterung. Das wird doch der voraussichtliche Effekt sein, *Rolf*, wenn das Programm so anspringt, wie wird das alle erwarten.

Schäfer (Tübingen): Horst *Krockert*.

Krockert: Zu Ulrich *Steger* wird vielleicht Rolf *Böhme* noch ein Wort sagen. Ich will jetzt nur kurz noch auf das eingehen, was wir vom Genossen *Rohde* gehört haben. Ich möchte nur vermeiden, dass hier ein Eindruck entsteht, als läge unser Problem in dieser Sache jetzt innerhalb der Koalition. Genossen, dies ist nicht der Fall. Es ist zwar damit zu rechnen, dass es da auch noch zu Reibungen kommt natürlich. Aber hauptsächlich haben wir es hier damit zu tun, dass die Ländermehrheit uns im Wege liegt und dass wir einen Weg finden müssen, uns mit ihr zu einigen. Das ist das Problem, in das uns die Geschichte dieser Angelegenheit schon gebracht hat und die wir nun innerhalb sehr kurzer Frist lösen müssen. Ich kann nicht ausschließen, dass natürlich unser Koalitionspartner dies zum Anlass nehmen wird, sich da eher anzulehnen an diese Vorstellungen als an unsere. Aber darüber haben wir innerhalb der Koalition noch gar nicht verhandelt und wie ich höre, hat auch der Koalitionspartner in seiner jetzt stattfindenden Fraktionssitzung nicht die Absicht, diese steuerrechtlichen Dinge hochzubringen, sondern die reden über den Regierungsentwurf. Also bitte die Sache nicht so zu kolportieren, als lägen unsere Schwierigkeiten jetzt wieder mal innerhalb der Koalition. Das ist bis jetzt noch nicht der Fall.

Schäfer (Tübingen): Egon *Lutz*.

Lutz: Genossinnen und Genossen, ich glaube, Helmut *Rohde* hat schon ein wahres Wort gesprochen. Im Grunde tun wir nur nach Ressorts irgendwelche Gesetzesvorlagen diskutieren. Der gesamtpolitische Zusammenhang fehlt und ich kann nur dringend bitten, dass der Fraktionsvorstand, wenn es die Fraktion schon nicht schafft, dass der Fraktionsvorstand wenigstens den

gesamtpolitischen Zusammenhang herstellt. Wir haben im Moment erhebliche Schwierigkeiten beim Arbeitszeitgesetz. Ich deute das nur an. Die sind nur zu überwinden, wenn man gesamtpolitisch bei anderen Gesetzen dieses und jenes vom Koalitionspartner erwartet. Wenn wir aber so weitermachen, wie wir es die ganzen Jahre hindurch tun, dass Ausschuss für Ausschuss und Ressort für Ressort jeweils ein Problem gelöst wird, gibt es keinen politischen Konsens, vor dem wir auch bei den Arbeitnehmern bestehen könnten. Diesen Appell von Helmut *[Rohde]* möchte ich also stark unterstützen.

Schäfer (Tübingen): Jetzt hat noch Rolf *Böhme* das Wort, aber ich möchte eine Bemerkung vorher machen. Ich habe den Eindruck, dass wir nach der ersten Lesung, wenn die Fragen im Ausschuss beraten werden, eine sehr gewissenhafte begleitende Beratung in den Arbeitskreisen brauchen und möglicherweise auch eine Berichterstattung und Beratung hier in der Gesamtfraktion, genau aus den Gründen, die eben die beiden letzten Redner angeführt haben und ich bitte die Arbeitskreisvorsitzenden darauf hinzuwirken. Rolf *Böhme*.

Böhme: Fritz *Schäfer*, du hast mit deinem Hinweis völlig recht. Es geht heute ja nur darum, diese Grundsatzentscheidung der Fraktion zur Kenntnis zu bringen und ihr Einverständnis zu erbitten, dass diese Grundsatzentscheidung im Einzelnen noch Schwierigkeiten aufwerfen wird und dass da Probleme zu lösen sind, wie beispielsweise das Problem, das Uli *Steger* aufgeworfen hat, ist ja vorhin hinlänglich schon abgehandelt worden. Ich möchte noch einen Satz sagen zu dem, was Helmut *Rohde* gesagt hat, was hier unser Interesse ist. Helmut *[Rohde]*, wenn du die Inhalte anschaust, um die es da geht, nämlich Heizenergieeinsparung und damit um den größten Block der Energieausgaben, wenn du so willst, nämlich Gebäudeheizung mit 40 Prozent, dann sind dies zutiefst unsere Anliegen, wie wir sie auch im letzten Parteitag in Hamburg abgehandelt haben und was einbezogen wird, vielleicht ist dies hilfreich, mal aufzuzählen, was einbezogen wird, sind zum Bei-

spiel die Umstellungen auf Fernwärmeversorgung, ein sehr wichtiger Punkt, der Einbau von Anlagen zur Rückgewinnung von Wärme, der Einbau von Wärmepumpen und Solaranlagen. Dies sind also zutiefst unsere Anliegen und ich glaube, dies muss man bei der Frage, die du angeschnitten hast, gerade bei dem Gesetz auch beachten und gründlich beurteilen.

Schäfer (Tübingen): Vielen Dank. Ich darf an das, was ich eben gesagt habe, noch mal erinnern. Es hat sich dazu auch niemand zu Wort gemeldet. Ich bitte also die Obleute der entsprechenden Ausschüsse und die Arbeitskreisvorsitzenden für eine Beratung besorgt zu sein, in der die Fraktion bei den entscheidenden Fragen beteiligt ist.

Dann darf ich den Punkt 9 abschließen. Herbert *Wehner* ist in der Zwischenzeit eingetroffen. Ich darf ihn bitten, fortzufahren.

B.

Wehner: Genossinnen und Genossen, was soll einer machen, der zu spät kommt, als dass er den angenehmeren Teil, der zunächst einmal sozusagen ihm überlassen ist, an den Anfang stellt und dass ist in diesem Fall die Huldigung für die auf den heutigen Tag fälligen Geburtstagskinder. Da ist einmal Egon *Franke*, der heute und mit Recht mit einem Empfang, der im Erich-Ollenhauer-Haus abgehalten worden ist, in einer Rede des Bundeskanzlers Helmut *Schmidt* gewürdigt worden ist und auch in einer Rede, die der langjährige Vorsitzende der Gewerkschaft, der Egon *Franke* noch viel länger angehört als der Vorsitzende hat angehören können, ist einfach der Unterschied im Lebensalter, sonst war es nichts, seine Rolle gewürdigt haben. Es war eine – erlaubt mir das – menschlich ergreifende Form, in der dort Menschen, darunter auch solche anderer Fraktionen, miteinander aus dem genannten Anlass deutlich zu machen versucht haben, dass es an irgendeiner Stelle, jedenfalls was den Respekt vor menschlicher Integrität und Leistung betrifft, etwas gibt, das vielen bei unterschiedlichen politischen Auffassungen ge-

meinsam ist. Ich will das jetzt hier nicht nachzuvollziehen versuchen. Das käme mir nicht zu, käme auch nicht an. Es ist nur sozusagen den Umständen zu verdanken, dass von den Rosen, von denen Egon [*Franke*] heute Morgen aus netterer Hand der größere Teil übergeben worden ist, von mir jetzt der übriggebliebene kleinere Teil dem Egon [*Franke*] übergeben werden kann mit allen guten Wünschen. Hauptsache ich kriege jetzt das richtige Paket in die Hand.

(Starker Beifall.)

Egon [*Franke*], aufpassen, Dornen überall und alles Gute.

(*Franke*: Macht mir nichts.)

Na, sag das nicht. Da bist du schon nicht mehr lange genug praktisch als Tischler tätig.

(Heiterkeit.)

Sonst würde das nicht mehr so sein.

Wir haben zwei andere. Das ist Eckart *Kuhlwein*, der heute 40 Jahre alt wird, wie die Statistik nachweist,

(Starker Beifall.)

und ich hoffe, er nimmt es mir nicht übel, wenn ich ihm die Blumen mit herzlichen Wünschen überreiche. Alles Gute, Eckart [*Kuhlwein*].

Und schließlich, irgendwann muss dann ja abschließen, wird Karsten *Voigt* heute 37 Jahre alt.

(Starker Beifall.)

Es sind also sehr verschiedene Jahrgänge, die heute hier begangen werden. Alles Gute für die Zukunft. Ja, so summiert sich das mit der Zeit.

Was nun, Genossinnen und Genossen, den weiteren Ablauf unserer Tagesordnung betrifft, so nehme ich an, ihr werdet es nicht übelnehmen, wenn der eine oder andere sagt, ist uns schon mal gesagt worden. Ich möchte, dass wir mit Aufmerksamkeit und – soweit das möglich ist – geistiger Sammlung den Bericht des *Bundeskanzlers* anhören und erörtern, soweit das Bedürfnis zur Erörterung vorliegt. Das ist der Bericht über die Vorgänge, die zu der von uns nun mit Sicherheit am Donnerstag zu erwartenden Regierungserklärung geführt haben. Das wird eine Regierungserklärung sein, in der Ergebnisse und Verlauf und Geschichte um die NATO-Ratstagung der vorigen Woche Gegenstand sein werden und ebenso das, was in Kopenhagen am Wochenende der Rat der Europäischen Gemeinschaften erörtert hat, jedenfalls der Teil, der hier berichtsfähig sein kann. Mein Eindruck von dieser Tagung ist, dass sie einige sehr gewichtige Punkte nicht nur in Angriff genommen, sondern auch in Gang gebracht hat. Wie gesagt, das werden wir von Helmut *Schmidt* hören.

Ich erlaube mir die Frage, ob es zeitlich geklappt hat, dass die gestern Abend im Präsidium des Parteivorstands beschlossenen Erklärungen in aller Genossinnen und Genossen Fächer gelegen haben. Das scheint so zu sein. Das hilft auch etwas zur Orientierung. Wir haben uns natürlich gestern im Fraktionsvorstand mit der Situation zu befassen gehabt, was sich im Zusammenhang mit der sich in der letzten Woche teils hektisch steigernden, wissen tuenden und besserwisserischen Darstellung der Vorgänge, die so dargestellt wurden, als handele es sich dabei um Vorgänge bilateraler Art zwischen Washington – das heißt dem dortigen *Präsidenten* – und der Bundesregierung – das heißt dem *Bundeskanzler* – abgespielt hat und habe es sich dabei um das besondere oder ausschließliche Kapitel Neutronenwaffe gehandelt. Wir werden aus dem Bericht von Helmut *Schmidt* sehen, wie es sich in der Tat verhalten hat und wir hatten im Fraktionsvorstand ja schon wenigstens die Sicherheit, dass – das war am Wochenende noch nicht ganz so gewiss –

die beiden Ausschüsse für Auswärtige Angelegenheiten und für Verteidigungsfragen am Montag getagt haben. Wir hatten eine Vorbesprechung mit den Genossinnen und Genossen, die es hatten möglich machen können, im Lauf des Montagvormittag hier schon zur Stelle zu sein und haben deswegen insgesamt und dann auch diese unmittelbar Beteiligten aus den beiden Ausschüssen miteinander für die Nachmittagssitzung und für die dann heute in den drei Fraktionen vorzusehenden und durch diese Ausschusssitzung etwas erleichterten, in der Sache erleichterten Fraktionssitzungen bezüglich der Berichterstattung vorzuarbeiten.

Nun, wie gesagt werden wir am Donnerstag die Regierungserklärung und eine entsprechende Debatte haben. Um es einmal sehr kurz zu sagen, ob das allen gefällt oder nicht, mag eine andere Sache sein. Ich bitte von vorher ein um Entschuldigung. Worauf es jetzt in diesem Stadium ankommt ist, deutlich erkennbar zu machen, dass die Bundestagsfraktion der SPD sich nicht einfach von Strudeln erfassen und umeinander treiben lässt. Strudel, die in der ganzen letzten Woche systematisch weiterentwickelt und angetrieben worden sind. Wenn das auch kein sprachlich sehr gutes Bild jetzt eben von mir gewesen ist und etwas, auf das ich im Fraktionsvorstand mir erlaubt habe hinzuweisen, freizuschaufeln von dem, was es da teils an Schutt, teils an anderen Gegenständen rund um die Regierung und den *Bundeskanzler* herum gibt und den Weg oder den Zugang zum Verständnis für die mögliche Verhaltensweise des *Bundeskanzlers* und umgekehrt für den *Bundeskanzler* zu Verdeutlichung seiner Handlungsweise während dieser Monate, in denen es zeitweise in den Fragen kritisch war, in denen es sich um uns sehr naheliegende, nicht nur naheliegende, sondern am Herzen liegende Probleme wie das des endlichen Einstiegs in Rüstungskontrolle und Schritte zur Rüstungsbeschränkung geht.

Inzwischen ist Helmut [*Schmidt*] eingetroffen. Die Sache, dass wir hier erst verspätet kommen konnten, hängt mit den Verpflichtungen zusammen, die

sich aus dem tschechoslowakischen Staatsbesuch ergeben. Ich bitte, das nicht übel zu nehmen. Über diesen Staatsbesuch ist jetzt nicht die Zeit, zu berichten. Aber bei dieser Mittagsrunde, die heute stattfand, hat sich sowohl aus den Erklärungen des *Bundeskanzlers* als auch des *tschechoslowakischen Staatspräsidenten* ergeben, dass wesentliche Schritte voran gemacht worden sind, sowohl was die Weiterentwicklung der außenpolitischen Beziehungen als auch die wichtige Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen ganz konkret, und zwar nicht nur im Wunschdenken, betrifft und einiges andere mehr. Ich habe mir vorhin, als ich nach Schluss dieser Mittagsrunde von einem Herrn aus der Wirtschaft gefragt worden bin und von einem jungen Herrn, der jetzt der Fraktion der FDP angehört, ist auf der Landesliste nachgefolgt auf den ausgeschiedenen jetzigen Mann bei der Dresdner Bank, das heißt, er ist auf *Friderich* nachgefolgt, ich habe gesagt, wenn unsere tschechoslowakischen Gäste – was ich ihnen nicht zumuten kann, aber was ich dem *Präsidenten* heute gesagt und gestern auch schon einem dieser Herren gesagt habe – die seelische Stärke aufbringen, das, was ihnen hier in diesen Tagen und vorher und nachher noch faktisch ange-
tan worden ist, unter Berufung auf unsere Freiheit zu sagen, was wir gegen jemanden zu sagen haben, wenn sie es fertigbringen, dies souverän hinter sich zu lassen, dann haben beide Partner dieses Vertragswerks einen großen Schritt nach vorn getan. So ist die Lage, Genossinnen und Genossen.

(Beifall.)

So ist die Lage mit Besonnenheit betrachtet und ich habe den Eindruck, dass die tschechoslowakischen Partner dieses aus vielen Gründen gar nicht einfach haben, aus sehr mannigfaltigen Gründen, die nicht nur himmelsrichtungsweise zu beschreiben sind, dass sie sich dieser Situation und auch der Möglichkeiten durchaus bewusst sind. Aber man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Ich will auch den Versuch machen, mich an diesen guten Vorsatz zu halten.

Ihr habt einen Teil dessen, was zur Vorbereitung der Plenarsitzungen zu erörtern war, darunter wie ich kam auch den Teil, der unter Punkt 9 unserer hiesigen Tagesordnung nach dem Bericht, glaube ich, von Horst *Krockert* erörterungsbedürftig war, Wohnungsbaumodernisierungsgesetze, erörtert, die gestern lange Zeit – und das war gut, sehr sachlich – im Fraktionsvorstand behandelt, erörtert worden sind hinsichtlich ihrer mehr Seiten, die sie haben. Ich will darüber jetzt nichts weiter sagen, denn das Wesentliche ist hier schon geschehen, und ich will Helmut *Schmidt* bitten, das Wort zu nehmen zu seinem Politischen Bericht. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall.)

Schmidt (Hamburg): Herbert [*Wehner*] hat eben dankenswerterweise schon für mich, liebe Genossinnen und Genossen, um Verständnis geworben, dass ich wegen des tschechoslowakischen Besuches heute nicht pünktlich hier sein konnte. Ich möchte – nicht für die Öffentlichkeit – Herbert *Wehners* Charakterisierung dieses Besuches, von dem er sagte, man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, der Abend ist erst morgen, eine Bemerkung noch hinzufügen, und zwar rede ich jetzt zunächst einmal über Ungarn.

Ihr alle werdet euch erinnern an die ungewöhnliche emotionale Anteilnahme im Westen insgesamt und hier in der Bundesrepublik besonders und in der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion ganz besonders und Partei ganz besonders im Jahre 1956 während jener Ereignisse in Ungarn. Und ihr werdet euch erinnern, wie damals hier, heute ist es jetzt 22 Jahre her, wie damals hier nach der Niederschlagung jenes Aufstands oder Putsches oder wie immer man ihn nun staatsrechtlich oder soziologisch oder geschichtlich einrangieren will, wie danach der János *Kádár* hier beurteilt worden ist. Inzwischen hat ja – damals sein Kreuz auf sich nehmend, die Sache wieder in ordnungsmäßige Gleise führend, insbesondere gegenüber der Bündnisvor-macht, die damals nach Ungarn einmarschiert war und seither sich dort be-

findet – inzwischen hat ja *Kádár* in 22 Jahren aus diesem kommunistischen Land einen Staat gemacht, in dem die Bürger ausreisen, und weil sie das können auch zurückkehren und in dem es ein relativ hohes Maß an Freiheiten gibt. Ein Mann, *Kádár*, der zu stalinistischer Zeit schlimm malträtiert worden ist von seinen eigenen Genossen.

Und ich sage hier jetzt und noch mal nicht für die Öffentlichkeit, aber unter uns, mir will es so vorkommen, als ob mit zehnjährigem Abstand für denjenigen, der in einer vergleichbaren Situation in Prag ähnliche Probleme zu bewältigen hat, zehn Jahre später ähnliche Qualifikationen gelten werden, wie heute sie von den Allermeisten über János *Kádárs* ungewöhnliche menschliche und politische Leistung ausgesprochen werden. Vielleicht ist es ein paar Jahre zu früh, um so über *Husák* zu reden. Es ist auch nicht tunlich, weil jedenfalls es uns hier im Westen gar nicht abgenommen würden angesichts vieler Einzelfälle, die zum Teil aufgebauscht, zum Teil mit gewisser Berechtigung von tschechischen oder slowakischen Emigranten und deren westlichen Freunden im Augenblick öffentlich vorgetragen werden. Natürlich haben wir auch über diese Dinge mit den tschechoslowakischen Gästen geredet. Mir will es jedenfalls aber so vorkommen, das wollte ich der Fraktion gegenüber sagen dürfen, nicht gegenüber der Öffentlichkeit, als ob hier jemand an der Spitze eines Staates steht, der sehr wohl weiß, was Gefängnis und was Haft bedeutet, der unter dem Nationalsozialismus wie auch später zur stalinistischen Zeit insgesamt viele, viele Jahre im Gefängnis gesessen hat und der stolz darauf ist, dass es nach jenen Krisenjahren in der Tschechoslowakei im Jahre [19]67 und [19]68 nicht zu Todesurteilen gekommen ist.

Seit ihr in die Ferien gefahren wart, in die Osterferien, haben sich einige außenpolitische und einige innenpolitische Ereignisse vollzogen, auf die ich hier gerne zu sprechen kommen möchte. Nach den französischen Wahlen habe ich Gespräche gehabt mit dem *englischen Ministerpräsidenten* privat unter vier Augen hier in Bonn und mit dem *französischen Staatspräsidenten* pri-

vat und unter vier Augen in Paris, beide im Wesentlichen die gemeinsame wirtschaftliche Zukunft der Europäischen Gemeinschaft und unserer einzelnen Mitgliedstaaten betreffend, beide Gespräche betreffend die gemeinsame wirtschaftliche Zukunft auch im Verhältnis zu anderen Währungsgebieten der Welt. Dies waren, wenn ihr so wollt, vorbereitende Gespräche auf ein Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs, das am letzten Wochenende in Kopenhagen unter Vorsitz unseres Freundes Anker Jørgensen stattgefunden hat.

In der Zwischenzeit war mit meinem starken Zureden der *englische Ministerpräsident* bei Präsident *Carter*, um ihm einige Aufschlüsse zu geben, einige Fingerzeige zu geben darüber, wie wir Europäer voller Besorgnis den internationalen Trend der Währung des wichtigsten Staats der Welt, des wichtigsten Handelspartners der Welt, zugleich unserer Bündnisvormacht sehen. Er ist zurückgekommen mit einem Urteil, das wir hier auch uns schon gebildet hatten, dass dem *amerikanischen Präsidenten* sein Wechselkurs gar nicht so recht ist, dass ihm auch seine heimatliche Inflation gar nicht recht ist, dass er andererseits sich aber darüber klar ist, dass, wenn es nicht zu Veränderungen in den dafür grundlegenden Faktoren käme, zum Beispiel Ausmaß des Ölimports in die Vereinigten Staaten, zum Beispiel außerdem Geldversorgung der amerikanischen Wirtschaft und anderes, dass dann alles Übrige – seien es Erklärungen seiner Regierung oder seien es Abkommen zwischen uns und seiner Regierung über Swap-Kredite zur Stützung des Dollar – nicht viel ausmacht.

Die Zusammenkunft der Regierungschefs und Staatschefs in Kopenhagen letzten Freitag und Sonnabend ist in diesem Punkte jenseits dessen, was veröffentlicht worden ist – wir haben über dieses Thema so gut wie nichts veröffentlicht, ungewöhnlich ergiebig gewesen. Wir haben sechs oder sieben Stunden hinter verschlossenen Türen und ohne Indiskretanz über die gemeinsame wirtschaftliche und währungsseitige Zukunft dieses Kontinents

miteinander gesprochen und sind uns darüber klar, dass wir bis zum nächsten Treffen dieser Art, das Anfang des Monats Juli in der Freien Hansestadt Bremen stattfinden wird, uns zu Beschlüssen durchringen oder zu Nichtbeschlüssen durchringen müssen. Wenige Tage darauf gibt es ja diesen sogenannten Weltwirtschaftsgipfel dann hier in Bonn nebenan im Palais Schaumburg.

Es ist dort in Kopenhagen natürlich auch eine ganze Menge gesprochen worden über die Möglichkeiten, das Wachstum zu beschleunigen. Wir haben dieses Thema nicht von uns aus angeschlagen, aber andere. Wir haben es aber für ein wichtiges Thema gehalten. Alle neun Regierungschefs in Europa sind sich darüber klar, dass sie alle ihre heimatliche Arbeitslosigkeit nicht einzeln und nicht durch autonome finanzpolitische oder wirtschaftspolitische Akte beseitigen können, sondern dass sie nur dann eine Hoffnung auf wesentliche Verringerung der gemeinsamen Arbeitslosigkeit fassen können, wenn es gelingen sollte, insgesamt in Europa ein stärkeres Wachstum zu erzeugen. Einige spielen da mit Zahlen herum. Da spielt auch eine Zahl von viereinhalb Prozent realen Wachstums eine Rolle. Damit es hier keine Missverständnisse gibt und nicht ein zweites Mal Märchen sich verbreiten, wir hätten uns so sowas verpflichtet, will ich hier ganz klarstellen, dass es ein gemeinsames, projektiertes Ziel ist, eine Projektion, dass man hofft, in der Mitte des Jahres [19]79 – das ist heute in 15 Monaten – in der Mitte des Jahres [19]79 insgesamt in Europa ein jährliches Wachstum in der Größe von viereinhalb Prozent zu erreichen. Das heißt nicht über die Frist von heute bis in 15 Monaten, sondern in jenem Zeitpunkt auf einer solchen Wachstumsrate angekommen zu sein, das ist die Hoffnung.

Ich will hier sagen, dass wir im letzten Quartal [19]77 zu unserer eigenen Überraschung ein Wachstum hatten hier in der Bundesrepublik von sechs Prozent, wenn man das Wachstum des letzten Quartals [19]77 auf Jahresraten umrechnet. Darin stecken zum Teil die antizipierten Wirkungen der Steu-

ensenkungen ab 1. Januar, Kindergelderhöhungen. Darin stecken zum Teil antizipierte Wirkungen aus dem öffentlichen Investitionsprogramm, aus dem Programm Zukunftsinvestitionen. Darin schlägt sich zum Teil auch der niedrige Zinssatz nieder. Das erste Quartal [19]78 war mit Sicherheit nicht so gut wie das letzte Quartal [19]77. Dabei spielte eine Rolle die etwas ausge dehnte Winterkälte. Dabei spielt eine Rolle die Verunsicherung der Gemüter durch Streiks und Aussperrungen. Dabei spielt eine Rolle die Verunsicherung der Gemüter durch die Entwicklung des Dollar-Kurses insbesondere.

Lasst mich zu diesem Wechselkurs hier in eckigen Klammern eine Bemerkung machen. Ich empfehle jedermann, wenn darüber geredet wird und argumentiert werden muss, es so darzustellen, wie es auch dargestellt werden kann mit gutem Recht. Die Wechselkurse der Deutschen Mark, jeden Tag neu gebildet auf autonomen Börsen durch das Hinzutun und durch Handeln und Nichthandeln von Tausenden von Unternehmungen und Banken auf der ganzen Welt, von New York bis Tokio, drücken aus das Vertrauen, das alle diese Firmen und Banken der Welt in die deutsche Volkswirtschaft und in die deutsche Währung setzen. Ein Vertrauen, das beinahe zu groß ist für uns, um es zu ertragen. Uns wäre es für manche Exportbranchen sicherlich lieber, der Anstieg der deutschen Währung wäre nicht ganz so steil gewesen in den letzten Monaten. Das ist sicher auch wahr. Zugleich hat dieser Währungsanstieg natürlich unsere Importe in sagenhafter Weise verbilligt. Leider gilt das nicht für landwirtschaftliche Importe. Da gibt's ja besondere Schemata, die weder unter das Epitheton sozial oder das Epitheton Marktwirtschaft richtig fallen. Aber im Übrigen ist der Abfall der Steigerung der Lebenshaltungskosten auf 3,0 Prozent sehr weitgehend ein Ergebnis auch der Verbilligung unserer Importe.

Lasst mich zu den Streiks und Aussperrungen der letzten Wochen eines noch bemerken. Ich habe die Entwicklung bei einer Reihe von unabhängigen Zeitungsverlagen – diejenigen, die im punktuellen Streik bekämpft wurden,

waren ja allesamt nicht Axel Springer, ich fand insofern die Auswahl recht bemerkenswert, ich enthalte mich hier jeder Kritik – die Lage bei einigen dieser Verlage, zum Beispiel des Süddeutschen Verlags in München, wie auch die finanzielle Lage der Gewerkschaft selber, die den Streik führte, wie auch die Lage bei manchen der Verlage, die hinterher mit Aussperrungen geantwortet haben, nicht so beschaffen, dass die streitenden Parteien aus eigener Kraft das noch sehr lange hätten durchhalten können. Wir waren in Gefahr, dass dort sehr viel mehr Schaden angerichtet wurde, als Nützliches dabei herauskommen konnte und infolgedessen hat sich die Bundesregierung unter voller Wahrung der Lohnautonomie der Beteiligten in einer eindringlichen Weise täglich mehrfach auf dem Laufenden gehalten und hat diese Herren auch auf das Laufende gebracht. Und ich habe mich ja auch mal öffentlich – ich glaube, das war die erste Urlaubswoche – im Fernsehen dazu geäußert, dass der Artikel 5 des Grundgesetzes nicht nur den Deutschen das theoretische Recht gibt, ihre eigene Meinung zu drucken, sondern allen Deutschen auch das Recht gibt, sich frei zu informieren, damit sie sich eine eigene Meinung bilden können. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzungen kann man positiv bewerten. Kein Grund, darüber nachträglich noch viel miteinander zu diskutieren.

Die Auseinandersetzung in der Metallindustrie in Nordbaden und Nordwürttemberg lag auf einer anderen Ebene. Die Bundesregierung hat hier vermieden, dass auch nur der Anschein einer Einwirkung von politischer Seite entstehen konnte. Ich darf der Fraktion versichern, dass der Abschluss in Nordbaden/Nordwürttemberg vom Bundeskabinett letzte Woche einstimmig als akzeptabel und vernünftig bewertet worden ist.

Es sieht ja so aus, als ob sich in einzelnen Tarifbereichen – regionalen Tarifbereichen wie auch in Tarifbereichen anderer Gewerkschaften – die auf etwas mehr Härte eingestellte Taktik der Arbeitgeber, aber auch bei unseren Freunden auf der Arbeitnehmerseite sich noch fortsetzt. Ich habe mich des-

halb veranlasst gesehen und wiederhole das hier, zu sagen, dass Streiks an sich kein nationales Unglück darstellen. Im Gegenteil, wir haben in der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zu anderen westlichen Industriestaaten, die demokratisch organisiert sind, ungewöhnlich wenige Streiks, ungewöhnlich geringe Produktionsverluste durch Arbeitskämpfe und es liegt überhaupt kein Grund vor, sich anhand der bisherigen Arbeitskämpfe dieses Jahres aufzuregen oder nervös zu werden. Was einzelne Sprecher der Opposition der CDU und CSU sich zu diesem Thema geleistet haben, gehört durch uns angeprangert und verurteilt. Da sind wir uns sicher alle einig, ohne dass ich hier Beispiele geben muss.

Beunruhigt hat in den letzten drei Wochen ein Gesetz, das der amerikanische Kongress angenommen hat, Non-Proliferation-Act, in dem durch inneramerikanisches Gesetz Auflagen gemacht werden sollen gegenüber Partnern der Vereinigten Staaten von Amerika, die vertragsgemäß von ihnen spaltbares Material für die zivile Nutzung der Kernenergie beziehen. Wir haben es in Kopenhagen nicht möglich gefunden, unter den neun Staaten der Europäischen Gemeinschaft sogleich eine einheitliche Position dafür zu vereinbaren. Das Gesetz verlangt ja, dass diejenigen, die spaltbares Material von den USA beziehen wollen, innerhalb von dreißig Tagen ihre Verhandlungen mit den USA darüber aufnehmen sollen. Diese dreißig Tage werden verstreichen, ohne dass die EURATOM die Gespräche aufnimmt. Ich nehme an, dass die Sache hinterher geheilt werden wird, weil ich fest überzeugt bin, dass der *amerikanische Präsident*, der dieses Gesetz unterschrieben hat – ich lasse offen, ob er das wirklich musste, auch er handelt unter innenpolitischen und parlamentarischen Zwangsläufigkeiten, Klammer zu – weil ich Anhaltspunkte dafür habe, dass der *amerikanische Präsident* auf diesem Feld keine Dramatisierung wünscht und auch nicht wünschen kann.

Für uns gilt im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika, dass wir auf der Londoner Gipfelkonferenz im Mai vorigen Jahres auf *Carters* Vor-

schlag verabredet haben, einen gemeinsamen internationalen Prozess der Bewertung des Kreislaufs von spaltbarem Material ins Werk zu setzen, in den deutschen Zeitungen meistens mit vier oder fünf großen Buchstaben INFCE abgekürzt und danach wollten wir gemeinsam auf der Grundlage dieser Studien zu Beschlüssen kommen und in der Zwischenzeit hatte sich *Carter* verpflichtet, so weiter zu liefern wie bisher. Ich gehe davon aus, dass er sich daran halten wird. Vielleicht muss er hier und da vorübergehend ein innenpolitisches Zugeständnis an die Mehrheit seines Kongresses machen. Das kann ich nicht beurteilen. Wir haben, nachdem die Opposition anfangs der Osterferien meinte, hier sei ein neuer amerikanischer Vergewaltigungsversuch im Gange, versucht, die Opposition etwas zu beruhigen. Ich muss euch aber sagen, dass die französische Regierung und Staatsführung über dieses Gesetz sehr viel saurer reagiert hat, als wir das getan haben. Gegenwärtig erwarte ich daraus keine bleibende zusätzliche Belastung des Verhältnisses zwischen den USA und den Europäern.

Wir können allerdings zusätzliche Belastungen gegenwärtig im Verhältnis zwischen USA und Europa auch gar nicht gebrauchen. Die Währungsfront schafft genug Unruhe und das, was mit dem Stichwort Neutronenwaffe an Komplex gemeint ist, darauf komme ich jetzt zu sprechen, hat ebenfalls mehr als genug überflüssiger Unruhe geschaffen. Ich nehme mal mein Ergebnis in einem einzigen Satz vorweg. Wenn das, was der *amerikanische Präsident* beschlossen und am letzten Freitag verkündet hat, nämlich gegenwärtig eine Entscheidung über die Produktion solcher Waffen ausdrücklich nicht zu treffen, sie vor sich herzuschieben in der Erwartung, dass die Sowjetunion eine solche Verschiebung honorieren würde und dass es zu entsprechenden beiderseitigen Rüstungskontrollvereinbarungen kommen könnte, wenn diese Entscheidung des *Präsidenten* ohne die ganze Vorgeschichte und Begleitmusik in den Zeitungen fast aller beteiligten Staaten

vor sich gegangen wäre, würde ich das eine rundum begrüßenswerte Entscheidung finden.

(Vereinzelter Beifall.)

Zweifelhaft wird die Sache nur durch das, was zwischendurch alles gesickert, geleakt, verlautbart, indiskretioniert, spekuliert, kommentiert worden ist.

Ich habe – einige von euch waren ja dabei gestern in der gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses – unter den besonderen Vorsichtsmaßnahmen einer geheimen Sitzung aus einer Reihe von Papieren zitiert. Ich will das hier heute vor einem Kreise, der nicht nur Fraktionsmitglieder umfasst, nicht wiederholen. Ich will aber ein paar Grundzüge der Entwicklung auch hier deutlich schildern. Die Bundesregierung hat durch mich seit dem September vorigen Jahres – ich unterstreiche noch einmal den September, das liegt zwei Monate vor unserem Bundesparteitag – der amerikanischen Regierung gegenüber erklärt, wir beteiligen uns nicht an Produktionsentscheidungen über nukleare Waffen. Diese Stellungnahme haben wir aufrechterhalten bis zum gegenwärtigen Augenblick und unabhängig von Neutronenwaffen, oder was es sonst noch alles im Lauf der Jahre geben könnte, würde ich diese Position auch für die Zukunft auf die Dauer für richtig halten. Wir sind kein Nuklearwaffenstaat. Wir haben schon zuzeiten einer der *Adenauer*-Regierungen in den fünfziger Jahren einseitig in feierlicher und verpflichtender Form entsprechende, uns selber international bindende Erklärungen abgegeben. Wir haben insbesondere dann zurzeit von Willy *Brandts* Kanzlerschaft den Non-Proliferations-Vertrag unterschrieben und ratifiziert und wir wollen nicht zulassen, dass der Eindruck entsteht oder dass Andere den Eindruck erwecken könnten, als ob wir quasi durch die Hintertür doch Teilhabe an der Entscheidung über die Herstellung nuklearer Waffen erlangen wollen. Dies könnte uns nicht guttun im Verhält-

nis zu unseren östlichen Nachbarn. Es könnte uns nicht guttun im Verhältnis zu unseren westlichen Nachbarn. Es könnte uns nicht guttun im Verhältnis zu unserem eigenem Volk und seiner öffentlichen Meinung. Es stünde im Widerspruch zu unserer eigenen politischen Moral in Sachen Rüstungskontrolle.

(Vereinzelter Beifall.)

Infolgedessen war unsere Position zweitens gegenüber den Vereinigten Staaten, nachdem wir sagen erstens, das ist deine Entscheidung, die musst du treffen, aber zweitens, falls du eine positive Entscheidung triffst, sind wir der Meinung, dass sie nicht sofort verwirklicht werden soll, sondern dass sie dann eingebracht werden muss in das internationale Rüstungsbegrenzungsverhandlungsgeschäft oder in die internationale Rüstungskontrollpolitik, wie man heute mehr und mehr den Ausdruck wählt. Wir haben auch Zeitvorstellungen gehabt, wie lange man dafür Zeit lassen muss, für eine solche Verhandlung. Wir haben von etwa zwei Jahren gesprochen. Die amerikanische Seite hat gemeint, dass ein solches Verhandlungsangebot an die sowjetische Seite nicht sehr eindrucksvoll wäre, wenn die sowjetische Seite nicht den ernststen Willen spüren könne, dass auf westlicher Seite notfalls nach dem Ablauf einer Verhandlungszeit tatsächlich produziert und disloziert würde. Wir haben uns darauf eingelassen, weil das zum Verhandlungskonzept logischerweise hinzugehört, allerdings unter zwei Voraussetzungen. Einmal unter der Voraussetzung, dass ein solcher Dislozierungsbeschluss vom Bündnis gemeinsam gefasst und gemeinsam vom Bündnis gefasst wird in der Feststellung, dass dies für die gemeinsame Verteidigung notwendig sei und zum anderen, dass er nicht nur deutsches Territorium umfassen darf. Diese letztere Bedingung ist von ganz besonderer Bedeutung, wenn die Fachleute sich ihre Konsequenzen bis zu Ende durchdenken.

Diese Position ist dann in Übereinstimmung mit dem Grundkonzept des Parteitags in den Monaten Dezember, Januar und später und in Übereinstimmung mit Beschlüssen, die die FDP-Fraktion im Februar gefasst hat, ziseliert worden und seit dem Januar gegenüber den Vereinigten von Amerika und den Engländern nicht mehr verändert worden. Wenn wir schweigen gegenüber manchen Dummheiten, die in den Zeitungen Europas und Amerikas stehen, auch gegenüber unserer angeblichen Unentschlossenheit, dann haben wir dafür unsere Gründe. Aber ich versichere hier, wir haben unsere Position, wie ich sie eben geschildert habe, seit dem Januar bezogen und nicht mehr verändert. Darüber gibt es auch überhaupt keinen Zweifel, weder im Weißen Haus noch in Downing Street Number 10, nach bei irgendjemandem der Mitspieler. Andere Mitspieler haben ihre Position zeitweilig geändert. Ich will das hier nicht näher darstellen, sondern ich sagte vorhin schon, wenn das, was Präsident *Carter* jetzt entschieden und veröffentlicht hat, ohne zwischenzeitliche Begleitmusik und Spekulationen so entschieden worden wäre, würde ich es ohne jedwede Anstrengung rundum begrüßen.

Ich muss in dem Zusammenhang auf eines hinweisen, das vielleicht einigen Genossen unbequem ist, zur Kenntnis zu nehmen, was aber zur Kenntnis genommen werden muss. Die Bundesregierung hat kontinuierlich seit den frühen siebziger Jahren sich nicht nur für Rüstungsbegrenzungsabkommen im Allgemeinen eingesetzt, sich nicht nur im Speziellen eingesetzt für Rüstungsbegrenzung in Europa unter dem Stichwort MBFR Mutual and Balanced Force Reductions; deutsch beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen, sich nicht nur früher eingesetzt für Atomteststopp und dergleichen, für Non-Proliferations-Vertrag, sondern sich auch speziell eingesetzt für jenes Rüstungsbegrenzungsprogramm, das bilateral zwischen den beiden Weltmächten verhandelt wird unter dem Stichworten SALT Strategic Arms Limitation Talks (Gruppe von Verträgen zur nuklearen Rüstungsbegrenzung), später SALT Strategic Arms Limitation Talks (Gruppe von Verträ-

gen zur nuklearen Rüstungsbegrenzung) I und gegenwärtig SALT Strategic Arms Limitation Talks (Gruppe von Verträgen zur nuklearen Rüstungsbegrenzung) II genannt. Das ist ein bilateral verhandeltes Rüstungsbegrenzungsprogramm der beiden Supermächte in Bezug nur auf jene Waffen, mit denen sie gegenseitig ihr eigenes zentrales Territorium treffen können. Das heißt interkontinentale Waffen. Waffen, die von dem einen Kontinent in den anderen hineinreichen und dort das Herzland des anderen treffen können. Auf diesem Feld streben die beiden Supermächte Parität der Sprengköpfe an, der Zahlen der Sprengköpfe. Sie können nicht vollständige Gleichheit anstreben, weil die Waffen auf beiden Seiten nicht völlig vergleichbar sind, weder hinsichtlich der Reichweite, noch hinsichtlich ihrer Natur. Weder hinsichtlich der Sprengkräfte, noch hinsichtlich der Treffgenauigkeit. Weder hinsichtlich der Träger, von denen aus sie abgeschossen werden, der eine hat mehr auf U-Booten, der andere hat mehr auf dem festen Lande. Der eine hat es mehr verbunkert, der andere hat es weniger verbunkert. Der eine schießt es auch von Flugzeugen ab, der andere weniger von Flugzeugen, entwickelt aber solche Flugzeuge. Der eine entwickelt Cruise Missiles. Der andere entwickelt mobile Raketen, die keine festen Stellungen mehr brauchen, et cetera, et cetera. Gleichheit können sie nicht verabreden, dazu haben sie zu viele vorgetane Investitionen, auch verschiedenartige militärische Denkrichtungen. Aber Parität der Sprengköpfe versuchen sie zu erreichen. Wir haben das seit den frühen siebziger Jahren immer begrüßt. Das bleibt auch unsere Politik.

Das Unbequeme, was sich hier in zunehmender Weise ergibt, liegt darin, dass auf niedrigeren Ebenen geringerer Reichweiten es sowjetische Überlegenheit gibt hier in Europa. Das gilt für die Zahl der Panzer insbesondere und das gilt nun neuerdings auch für nukleare Raketen solcher Reichweiten, die aus sowjetischem Territorium abgeschossen jedes Ziel in Europa treffen können, ohne dass sie deswegen zum Bereich der SALT Strategic Arms Limi-

tation Talks (Gruppe von Verträgen zur nuklearen Rüstungsbegrenzung) -Verhandlungen gehören, weil sie amerikanisches Territorium und den amerikanischen Kontinent nicht erreichen können. Früher redete man von Mittelstreckenraketen. Heute müsste man besser wohl die SS Sowjetische Mittelstreckenrakete -20-Rakete nennen, die uns ebenso zusätzliche Sorgen macht wie schon bisher die Panzerüberlegenheit der Sowjetunion. Beides dies kann nicht wegdiskutiert werden. Diese SS-20 ist eine mobile Rakete, von der es schon zwei Dutzend gibt, die keine vorbereiteten Stellungen braucht, mit Mehrfachsprengköpfen, die verschiedene Ziele treffen können, drei oder vier in einer Rakete, alle natürlich nuklear, mit ganz erheblichen, weit über Hiroshima liegenden Sprengwirkungen. Wir haben ein Interesse daran, dass, wenn es zu Verhandlungen über einen Verzicht des Westens, die amerikanischen Neutronenwaffen zu produzieren, kommt, dass dann im Gegenzuge auf sowjetischer Seite entweder eine Begrenzung dieser neuen SS Sowjetische Mittelstreckenrakete -20-Raketen oder eine Begrenzung von deren Panzerüberlegenheit zustande gebracht wird. Wir sagen das nicht zu laut und nicht zu dramatisch öffentlich. Wir möchten kein Öl psychologischer Art in die gegenwärtige Situation gießen, die hier und da ja ein bisschen angespannt ist.

Aber ich bitte herzlich, das, was ich hier als unangenehme Wahrheit gekennzeichnet habe, anzuhören nicht nur, sondern in sich aufzunehmen, notfalls sich zu kümmern und zu verifizieren, um sich zu überzeugen, dass hier nicht einer redet, der seinen Genossen Angst machen will. Was wir brauchen ist als Ergebnis von Rüstungskontrollvereinbarungen ein Gleichgewicht auf der strategischen Ebene, aber auch auf der europäischen Ebene und die ist inzwischen leider Gottes eine nukleare und nicht nur eine der Panzer und Kanonen und Flugzeuge.

Ich will in dem Zusammenhang sagen, dass es innerhalb der Bundesregierung zwischen den hier in erster Linie zu beteiligenden Ressorts – nämlich

Verteidigung und Auswärtiges Amt – und innerhalb der Minister der beiden Koalitionsparteien in drei oder vier Sitzungen des Sicherheitsausschusses der Bundesregierung, des sogenannten Bundes Sicherheitsrats, sich erstreckend über fünf Monate keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten gegeben hat. Nicht alles, was einzelne Abgeordnete öffentlich darüber gesagt oder geschrieben haben – ich denke in den letzten Tagen insbesondere an Herrn *Möllemann* –, nicht alles das entsprach den Erwägungen, wie sie innerhalb des Bundessicherheitsrats angestellt worden sind. Wir fühlten uns nur gehindert, das, was wir an Erwägungen gemeinsam mit Amerikanern, Engländern und den übrigen Bündnispartnern – ohne Frankreich – an Erwägungen und Analysen angestellt haben und was noch erst in Zukunft gegenüber der Sowjetunion zu verhandeln von uns gemeinsam erwogen wurde, unsererseits auf den öffentlichen Markt zu bringen. Wir fühlten uns daran gehindert und fühlen uns auch in Zukunft gehindert.

Ich fühle mich auch gehindert, am kommenden Donnerstag, wenn ich für die Regierung eine kurze Erklärung im Bundestag zu Beginn abzugeben haben werde zu den Themen, die ich eben hier vorgetragen habe, minus das Aussperrungs- und Streikthema, ich werde mich auch dann gehindert fühlen, die verschiedenen Phasen der Konsultationen und gemeinsamen Meinungsbildung und des Meinungsbildungsprozesses mit unseren Verbündeten dort darzustellen. Ich glaube nicht, dass das zum Wohle der Bundesrepublik Deutschland geraten könnte, und bin überzeugt, es könnte nicht zum Wohle der deutsch-amerikanischen Kooperation geraten. Ich möchte eines hier ganz deutlich sagen. So sehr der Einzelne hier oder dort Ärger empfinden mag und ich gehöre zu denen, die Anlass hatten, sich über das eine oder andere zu ärgern im Lauf der letzten drei Wochen, so sehr bitte ich herzlich darum, sich dessen bewusst zu bleiben, dass eine Sicherheit Europas, dass eine Sicherheit unseres Staates und dass eine Sicherheit Berlins ohne enge Kooperation mit diesem unserem wichtigsten Verbündeten nicht denkbar ist

und dass Rüstungskontrollvereinbarungen mit der Sowjetunion ohne Mitwirken dieses unseres wichtigsten Verbündeten gleichfalls nicht zustande kommen.

Inzwischen steht der Besuch des *sowjetischen Generalsekretärs* hier in der ersten Maiwoche fest. Mit Sicherheit werden wir auch über diese Themen miteinander reden. Ich hoffe sehr, dass wir, und ich bin da eigentlich ziemlich sicher, dass wir weit darüber hinaus viele weltweite, weltpolitische oder wie heute oft gesagt wird multilaterale Themen mit Gewinn füreinander gemeinsam besprechen können. Sicherlich werden auch bilaterale Themen, insbesondere die Ausweitung unserer Wirtschaftsbeziehungen, einen hohen Rang einnehmen. Ich gehöre zu denjenigen seit langer Zeit, die in der Entfaltung so breiter wirtschaftlicher Beziehungen, dass sie für die Sowjetunion eine nicht leicht verzichtbare Funktion bekommen, und so breiter wirtschaftlicher Beziehungen, dass sie in den Augen der Sowjetunion auch für uns eine nicht leicht verzichtbare Bedeutung bekommen, ich gehöre seit langen Jahren zu denjenigen, die die Entfaltung so breiter wirtschaftlicher Beziehungen für eine friedenspolitische Notwendigkeit in Europa halten und daran werden wir arbeiten, wenn *Breschnew* hier ist. Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall.)

Wehner: Danke, Helmut *Schmidt*. Ich beziehe in die Diskussion ein, was Bruno *Friedrich* – gestützt auf diese Erörterungen, die der Auswärtige Ausschuss und Verteidigungsausschuss am Montag hatten und über Arbeitskreiserörterungen, die in der Zwischenzeit gepflogen worden sind im Zusammenhang mit diesen Fragen und der vor uns liegenden Erstattung einer Regierungserklärung und einer Debatte im Plenum am Donnerstag – zu sagen hat.

Ich bin eben noch mal aufmerksam gemacht worden, das war ich schon vorher und muss das mit Bedauern sagen, obwohl ich hier nicht schulmeistern

will, wobei ich nichts gegen Schulmeister dem Beruf nach zu sagen hätte, dass manche nicht die Tinte, falls das mit Tinte geschrieben ist, aber das ist ein bildlicher Ausdruck, halten können, ehe wir wenigstens für uns und hier war ja nun die Chance, dass der *Bundeskanzler* heute der Fraktion sagt, worum gestritten wird, worauf es ankommt, dass wir dann im »SPD-Presse-dienst« einen sehr langen und anspruchsvollen Artikel finden, in dem schließlich die fatale Schlussfolgerung sozusagen die Summe darstellt, nötigenfalls gegenüber den USA konfliktfähig zu werden. Denn die Zeiten des musterschülerhaften Wohlverhaltens dürften wohl endgültig vorbei sein.

Ich will nicht, Genossinnen und Genossen, schulmeistern, habe ich gesagt. Womit ich meine, natürlich steht es jedem frei zu denken und auch zu sagen, was er in einer Situation, in der sowieso viele Leute vieles sagen, darunter leider auch vorwiegend Unsinniges sagen, dass er auch etwas sagen will. Nur, für Mitglieder unserer Fraktion ist es nicht zu viel verlangt, vom »Presse-dienst« spreche ich gar nicht, es wäre eine Fairnessregel gewesen, nicht genau an dem Tag, ehe der *Bundeskanzler* hier seinen Bericht geben kann, schon sozusagen vorweg zu programmieren, wie wir uns eigentlich verhalten wollen. Ich bitte, das so zu nehmen, wie ich das zu sagen versucht habe. Wie gesagt, sicher kann man streiten. Aber über eines muss man sich klar sein in diesem Kreis, dass es unsererseits aus welchen Motiven immer, es kann dabei unterschiedliche Motive geben, es keine Schlussfolgerung geben kann, schon nicht in dieser Situation, in der wir bei der Lage im Bündnis sozusagen ankündigen und Vorbereitungen ankündigen, um – ich wiederhole noch einmal wörtlich – nötigenfalls gegenüber den USA konfliktfähig zu werden, denn die Zeiten des musterschülerhaften Wohlverhaltens dürften wohl endgültig vorbei sein. Ich gehöre zu denen, die sehr viel – das gestehe ich offen – im Laufe der Jahrzehnte Kritisches gedacht und auch zur Sprache gebracht haben gegenüber der jeweils offiziellen Politik der USA. Ich hätte mir nie erlaubt, nie erlaubt, Genossen, das muss ich sagen, in Zeiten, in denen es

hart auf hart gegangen ist, einer Fraktion, ehe sie überhaupt den Bericht des von ihr getragenen Regierungschefs hat hören können, anzukündigen, ich wiederhole ein drittes Mal, nötigenfalls gegenüber den USA konfliktfähig zu werden. Das besorgen schon andere, dass wir in solche Strudel hineingezogen werden, und das muss man in Ruhe, Genossen, sage ich auch dem, der es geschrieben hat.

Denen, die es so gedruckt haben, sage ich es nicht, weil ich muss sagen, dies ist für mich unerträglich, dass ein Organ, das »SPD-Pressedienst« heißt, ohne sich überhaupt auch nur einmal, um einen moderneren Ausdruck zu konsultieren, so etwas in die Welt setzt. Denn das macht uns schon, bevor wir überhaupt in die Bütt gehen können in der Auseinandersetzung um das, was wirklich vor sich gegangen ist und was mit der Regierungserklärung geklärt werden muss, soweit das möglich ist und nur in Etappen möglich sein wird, dass wir uns da auf eine solche, auf eine solche Punktierung in einer solche Ecke festlegen lassen. Doch das nur nebenbei. Ich will damit nicht zusätzlichen Zündstoff in den Kreis der Fraktion hineintragen. Ich empfinde allerdings eine – zugegeben – Enttäuschung darüber, dass wir – bei allem, was wir schon erlebt haben – nun uns auch noch nach solchen Erlebnissen geil sozusagen erweisen, möglichst früh etwas anzukündigen, was in dieser Form, jedenfalls wenn es je die Konfliktfähigkeit geben müsste, nie von uns herausgefordert werden dürfte, Genossen.

(Beifall.)

Das ist eine entscheidende Frage. Wer das nicht versteht, hat noch nicht verstanden, mit welchem Ergebnis der Zweite Weltkrieg und die Teilung Deutschlands und das, was jetzt an Gewittern heranzieht auch zwischen den Supermächten, unsererseits begegnet werden muss. Entschuldigt bitte meine sicherlich nicht völlig zu verhehlende Erregung über diese Kurzsichtigkeit, um es einmal milde zu sagen.

Nun, ich bitte zunächst den Bruno *Friedrich*, einiges zu sagen, weil inzwischen ja auch ein Text verteilt worden ist, zu dem er wohl einiges zu sagen haben wird, ist verabredet mit der Koalitionspartnerfraktion nach der gestrigen gemeinsamen Sitzung der beiden Ausschüsse und ist auch – wie gesagt – mit der Fraktion, das heißt mit *Mischnick* und auch noch einmal mit *Genscher* durchgesprochen worden und bei der Gelegenheit vielleicht auch ein paar Takte dazu, wie wir es mit der Debatte halten wollen. Bruno *Friedrich* hat das Wort.

Friedrich: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, wir haben hier den Entwurf einer EntschlieÙung verteilt und ich bitte um Verständnis, dass aus der Kürze der Zeit heraus hier ein Entwurf mit einer knappen Korrektur verteilt worden ist aus einem Gespräch mit der FDP. Aber ich glaube, die Korrektur ist so minimal, dass man daraus keine falschen Schlüsse ziehen kann. Ich würde eher sagen, dass eine so minimale Korrektur aufzeigt, wie dicht die beiden Koalitionsfraktionen beisammen stehen. Selbstverständlich werden wir nachher, und darum möchte ich bitten, den gefassten Beschluss, wenn wir das beschließen sollten, ausgeschrieben klar herausgeben müssen.

Ich brauche hier nicht auszuführen, dass bei dieser Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit – vor allem wie das in manchen Zeitungen nicht nur von der CDU/CSU in den letzten Wochen hochstilisiert worden ist – dies eine komplizierte Materie ist, haben wir doch sowohl zu prüfen, inwieweit der Parteitagsbeschluss von Hamburg abgedeckt ist, haben wir zu prüfen, inwieweit die politischen Positionen dieser Fraktion und der Regierung abgedeckt sind und inwieweit wir bei künftigen Entwicklungen in den Abrüstungsverhandlungen oder anderen Verhandlungen, wenn ich an den Besuch im Mai denke, alles so formuliert ist, dass keine Erschwernisse entstehen, ohne dass unsere Positionen irgendwie kaschiert werden. Ich glaube, dass das, was hier vorgelegt worden ist, und Hans *Apel* hat erklärt im Arbeitskreis I, dass dies, soweit es um seine Belange geht, eine gute EntschlieÙung ist.

Wir haben unter Ziffer 1 die Feststellung des *Bundeskanzlers* vom 19. Januar, dass die zentrale Frage für uns die Sicherung des Friedens ist, unter 2 das, was der *Bundesaußenminister* immer betont hat, dass die Entscheidung über die Produktion nuklearer Waffen bei den Vereinigten Staaten liegt und Punkt 3 im Zusammenhang auch mit den Beratungen in den Ausschüssen und im Arbeitskreis die Antwort auf die Frage der Opposition. Es geht um den Abbau der Disparität und nicht um die Frage, ob wir die Neutronenwaffe wollen oder nicht. Punkt 4 ist dann die Erklärung, der Hinweis auf unser Wollen Rüstungskontrolle. Punkt 5 Hinweis, dass wir uns Fortschritte erwarten, wenn hier dies in die Abrüstungsverhandlungen eingeführt ist und Punkt 6 die Erwartung, dass die Staaten des Warschauer Paktes zu Abmachungen kommen. Punkt 7 die Zusammenarbeit im Bündnis. Ich glaube, dass hier in diesen sieben Punkten die Bereiche der Diskussion der letzten Wochen abgedeckt sind und dass kein Dissens besteht zu dem, was wir in Hamburg beschlossen haben.

Ergänzend darf ich mitteilen, dass in Einvernahme mit dem Fraktionsvorstand heute im Arbeitskreis beschlossen worden ist, der Fraktion am nächsten Dienstag in Vorbereitung der Abrüstungskonferenz der Sozialistischen Internationale in Helsinki ein Abrüstungspapier vorzulegen, das die Meinung der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zum Gesamtkomplex Rüstungskontrolle und Abrüstung sichtbar machen soll. In dieses Papier sollen außerdem die Empfehlungen der Arbeitsgruppe Waffenexport eingearbeitet werden. Außerdem wollen wir den Zwischenbericht der Arbeitsgruppe Waffenexport in der nächsten Woche hier dann mit zur Diskussion stellen, so dass wir in der Reihenfolge Abrüstungskonferenz der Sozialistischen Internationale, Abrüstungsdebatte der Vereinten Nationen im Mai das Abrüstungsthema vom Hamburger Parteitag aufgreifen und in der Öffentlichkeit natürlich auch dann im Parlament zur Diskussion stellen.

Wehner: Danke, Bruno *Friedrich*. Wortmeldung Egon *Lutz*.

Lutz: Genossinnen und Genossen, ich bin sehr dankbar, dass wir das Thema Neutronenwaffe dann erst in der nächsten Runde diskutieren. Ja, in der nächsten Runde, weil ich Gott sei Dank der Erste bin. Mich hat die innenpolitische Phase des *Bundeskanzlers* sehr interessiert. Ich glaube, es ist an der Zeit, der Bundesregierung dafür Dank zu sagen, wie sie im Tarifstreit des Grafischen Gewerbes gewirkt hat. Der *Bundeskanzler* über eine öffentliche Erklärung und durch Hilfestellung über einen ³. Das war sehr wichtig. Ich glaube, man sollte es ganz offen sagen, das war gut und vernünftig.

Wenn man Dank sagt, tut man das, um nachher gleich Kritik anzubringen, aber nicht am *Bundeskanzler*, sondern ⁴, der in Saarbrücken etwas gesagt hat, das nun, glaube ich, nicht so ganz mit sozialdemokratischen Gedankengängen zu vertreten ist, und der den Eindruck erweckt hat,

(Unruhe.)

ja, er hat den Eindruck erweckt, als habe es eine einmütige Stellungnahme des Bundeskabinetts zur Frage Streik und Aussperrung gegeben. Der *Bundeskanzler* hat sich dazu nicht geäußert. Ich hüte mich nachzufragen. Ich nehme an, dass die Meinung der Bundesregierung zumindest in ihrem sozialdemokratischen Teil der Meinung des Präsidiums der SPD entspricht und die ist ja auch sehr vernünftig, weil Streik und Aussperrung – zumindest der Streik und die Aussperrung, wie wir sie erlebt haben – sozial adäquate Kampfmittel nicht sind. Das entnehme ich der Stellungnahme des Präsidiums und der Wortkargheit des *Bundeskanzlers* entnehme ich, dass der sozialdemokratische Teil der Bundesregierung diese Auffassung des Präsidiums teilt. Das wollte ich nur mal sagen und ich wollte bitten, da nicht nachzufragen.

(Heiterkeit.)

Und eine letzte Bemerkung, Herbert [Wehner]. Das darf ich jetzt mal als Journalist sagen. Politiker äußern dies und jenes und vieles, wenn der Tag lang ist. Aber immer sind es die Journalisten, die gescholten werden, ob sie nun in der Tageszeitung oder hier im »SPD-Pressedienst« wirken. Ihr dürft die Journalisten auch nicht überfordern und ihr dürft nicht unfair sein.

Wehner: Danke. Wer wünscht weiter das Wort? Wenn niemand das Wort wünscht, dann – bitte, Genosse *Oostergetelo*.

Oostergetelo: Genossinnen und Genossen, ich bin dankbar für den Bericht des *Bundeskanzlers* und des *Fraktionsführers* und auch für dieses Papier, was wir jetzt in den Händen haben, Entschließungsantrag. Aber ich will nur einfach Fragen weiterbringen, die uns im norddeutschen Raum oft gestellt werden. Wir haben im Wahlkampf auch mit diesen Themen zu tun gehabt, dass man uns immer fragt, wie kommt es eigentlich, dass eine CDU oder dass auch einzelne Abgeordnete der Koalition – der *Bundeskanzler* hat einen genannt – ungestraft davonkommen, wenn sie in einer Art und Weise über die Verteidigungspolitik argumentieren, ohne dass wir sie zurückweisen. Diese Frage wollte ich hier mal weitergeben, weil ich der Meinung bin, dass es noch vor zehn Jahren oder fünf Jahren unmöglich gewesen wäre, dass eine christlich-demokratische Partei so argumentiert hätte oder argumentieren könnte, ohne von uns zurückgewiesen zu werden. Ich weiß nicht, wer das machen kann. Ich weiß nur, dass viele in unserem Lande darauf warten.

Wehner: Helga *Timm*.

Timm: Liebe Genossinnen und Genossen, in der Frühjahrstagung der IPU in der Nachosterwoche hat die Diskussion um Abrüstung, Rüstungskontrolle, Stopp des Rüstungswettlaufs wie in den vorigen Sitzungen schon eine ganz hervorragende Rolle gespielt und natürlich auch eine große Flut von Anträgen und Memoranden insbesondere der Ostblockstaaten in Bezug auf Verbot und Stopp des Baus der Neutronenbombe oder Neutronenwaffe. Es war

geradezu eine Welle von Anträgen da. Im Ausschuss musste dann versucht werden, aus dem Ganzen einen Resolutionsentwurf zu entwickeln und ich wollte euch sagen, dass es gelungen ist dabei, den Antrag so zu formulieren, dass es eben eine ausgewogene Abrüstung geben müsste. Die SS Sowjetische Mittelstreckenrakete -20 und andere neue Massenvernichtungswaffen sind also gleichzeitig mit einbezogen in die Aufforderung, Parlamentarier der Welt sollten sich anstrengen, solche Waffen nicht zu bauen.

Zum Abstimmungsverhältnis und ich glaube, das ist interessant zu wissen, dass nachdem die UdSSR und die Ostblockstaaten zunächst mit einer Flut von Propagandaanträgen diesen Antrag unterstützen wollten, nachdem SS Sowjetische Mittelstreckenrakete -20 hineingekommen waren und andere Waffen, sie sich in der Schlussabstimmung sogar verärgert der Stimme enthalten haben, während der Diskussion allerdings auch behaupteten, sie könnten gar nicht darüber abstimmen, denn sie wüssten gar nicht, was SS-20 ist. Auch die Bulgaren sind in diese Melodie eingegangen und haben gesagt, also sie könnten ja nicht über etwas abstimmen, was gar nicht existiere. Was ich sagen will ist, dass die einseitige Verdammungsdiskussion Neutronenwaffe ganz offensichtlich bei den Parlamentariern in der Welt, in Afrika, in den südamerikanischen Ländern, in Asien und in Europa auf nicht gute Ohren gefallen ist, sondern die Gleichmäßigkeit, die Ausgewogenheit des Rüstungsstopps angestrebt wird. Ich glaube, das ist wichtig zu wissen für euch.

Wehner: Danke. Olaf *Schwencke*.

Schwencke: Ist es tagesordnungsmäßig richtig, dass wir jetzt den Punkt 6 schon vorziehen? Ich habe nämlich dazu eine Bemerkung zu machen, zumal der *Bundeskanzler* ja diesen Komplex behandelt hat und Bruno *Friedrich* schon den Entschließungsantrag erläutert hat, den wir vorliegen haben. Ich bin zwar der Auffassung, dass der Entschließungsantrag, der uns vorliegt,

nicht unserem Hamburger Parteitagsbeschluss widerspricht, aber ich bin der Meinung, dass eine sehr wichtige Passage, die in Hamburg immerhin mit dem angenommenen Antrag des Parteivorstands hier nicht aufgenommen ist. Sicherlich ist das eine taktische Überlegung und vielleicht eher im Blick auf die Einstimmigkeit des Fraktionspartners als auf unsere hin gemünzt.

Ich möchte – wobei ich zunächst erst mal sagen müsste, dass ich dankbar dafür bin, sicherlich für alle, dass wir den Wortlaut dieser Entschlie­ßung von Hamburg auf den Tisch bekommen haben und dass nicht jeder selber herausuchen wollte. Ich möchte also vorschlagen, dass einer der Kernsätze, der in dem Hamburger Beschluss drinsteht, nämlich dass die Fortentwicklung der Nuklearwaffen durch die Atom­mächte uns Anlass zur ernstesten Sorge gibt, dass wir diesen Teil des Satzes wirklich mit hineinbauen. Ich glaube, wir werden auch den vielen Genossinnen und Genossen und Freunden draußen gegenüber fragwürdig in unserer Argumentation, wenn wir hier nur verteidigungspolitisch argumentieren und diesen Kernpunkt völlig außen vorlassen. Ich möchte also den Antrag stellen, dass wir den Punkt 2 des Entschlie­ßungsantrags so formulieren, dass wir ihn so jetzt einleiten. Unbeschadet dessen, dass die – und jetzt diesen Satz – Entschlie­ßung über die Produktion nuklearer Waffen ausschließlich in der Verantwortung der Vereinigten Staaten liegt, Komma, – und jetzt will ich diesen Satz aus der Hamburger Entschlie­ßung hineinfügen – unbeschadet dessen gibt die Fortentwicklung der Nuklearwaffen durch die Atom­mächte – Plural – Anlass zur ernstesten Sorge. Und dann fangen wir da wieder anschließend, wie das vorgelegt ist. Der Bundestag begrüßt und so weiter. Ich habe diesen Antrag schriftlich gemacht und darf ihn hier zu Protokoll geben.

Wehner: Helmut *Rohde*.

Rohde: Liebe Genossinnen und Genossen, der *Bundeskanzler* hat Recht, wenn er sagt, dass im Vergleich zu anderen Industriestaaten es ungewöhn-

lich wenige Streiks gegeben habe in den letzten Jahren in der Bundesrepublik. Aber es gibt nicht nur die eine Ungewöhnlichkeit. Es gibt auch eine andere, dass nämlich es ganz ungewöhnlich ist, wie die Arbeitgeber in unserem Staat das Instrument der Aussperrung in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Industriestaaten eingesetzt haben.

(Beifall.)

Es sind die zwei Ungewöhnlichkeiten, die die soziale Situation in der Bundesrepublik Deutschland kennzeichnen und das politische Resultat dieses Unternehmens der Arbeitgeber ist ganz eindeutig, dass damit die sozialen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik verschärft worden sind. Weil das kann keine Gewerkschaft kaltlassen, wenn sie in eine Lage hineingebracht wird, dass sie in die Kassen hinein ausgesperrt und in die Knie gezwungen werden soll. Damit bestimmt sich ihre gesamte Aktionsfähigkeit in der Gesellschaft und das ist ein entscheidender Punkt. Und von da reicht es natürlich nicht aus, wie das nicht bei uns, aber bei anderen in den letzten Wochen geschehen ist, auf eine ganz formale Weise von der Waffengleichheit als Element der Tarifautonomie zu reden. Wir haben, und ich begrüße das sehr, vom Präsidium der Partei Walter *Arendt* beauftragt, eine internationale Untersuchung vorzunehmen über die Regelungen von Aussperrungen in vergleichbaren Industrieländern. Es würde uns helfen, es würde uns helfen, wenn auch innerhalb der Regierung – und hier meine ich jetzt *Lambsdorff* – weniger nach außen über diese Waffengleichheit oder die rechtliche Zulässigkeit geredet würde, sondern wenn man ein bisschen weitergehen würde in der politisch-rechtlichen Bewertung dessen, was mit den Aussperrungen wirklich bewirkt und in die Wege geleitet wird in der Bundesrepublik.

Und eine zweite Bemerkung: Die Arbeitnehmer haben nach meinem Dafürhalten mit den Tarifverhandlungen dieses Jahres einen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, der sich in den all den wirtschaftlichen Gutachten und in

den ganzen Stellungnahmen der letzten Jahre kaum befunden hat, nämlich wie sich denn nun eigentlich die neuen Technologien und all das, was auch in der Fraktion hier Strukturwandel in der Wirtschaft genannt wird, auf die Arbeitsplatzsituation und auf die Beschäftigungspolitik im Ganzen auswirkt. Ich begrüße es sehr, dass die Bundesregierung einige Minister beauftragt hat, jetzt zu untersuchen, wie sich das auswirken wird. An dieser Stelle möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die AFA zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung beabsichtigt, im Herbst eine Tagung über die Beziehung von neuen Technologien und Arbeitsverhältnissen zu machen. Dies kann eine ganz wichtige Sache sein und ich künde hier schon die Bitte an die Fraktion an, uns dabei mit ihrem Sachverstand und ihren Erfahrungen zu unterstützen. Dies kann nur gelingen, wenn wir dies gemeinsam unternehmen mit Gewerkschaften, mit der Fraktion, mit der Partei, mit Wissenschaftlern, sodass wir über das, was wir bisher wissen, vorstoßen.

Nun eine weitere Bemerkung in diesem Zusammenhang der sozialen Auseinandersetzung zur Mitbestimmung. Hier haben wir nicht nur mit der Klage der Arbeitgeber vor dem Verfassungsgericht zu tun, sondern auch mit dem Tatbestand, dass die Erwartungen, die wir gehabt haben, dass, wenn auch nicht Arbeitsdirektor genannt, aber die innere Logik des neuen Mitbestimmungsgesetzes – so haben wir gesagt – dahin führen würde, dass in Zukunft der für die Personalpolitik und die Arbeits- und Sozialpolitik Verantwortliche im Betrieb und im Vorstand einer sein würde, der aus den Reihen der Arbeitnehmer kommt, zumindest das besondere Vertrauen der Gewerkschaften genießt, dass diese innere Logik nicht erfüllt wird. Die Betriebe richten sich bei ihren Entscheidungen nicht nach der von uns erwarteten inneren Logik des Gesetzes, sondern nach ihren Interessen und die sind gegen die Arbeitnehmer gerichtet. Ich habe die Frage an die Bundesregierung, was sie unternimmt, um in den Betrieben, die entweder sich im Bundesbesitz befinden oder auf die der Bund ganz entscheidenden Einfluss hat aufgrund seiner

Beteiligung an diesen Unternehmen, was die Bundesregierung dabei unternimmt, um in diesen Betrieben die von uns zitierte innere Logik des Mitbestimmungsrechtes durchzusetzen. Denn dies ist ein ganz entscheidender Punkt, weil alle Fragen der Arbeitsplatzgestaltung und des Verhältnisses von Rationalisierung und Arbeit, die in großen Betrieben sich insbesondere stellt, auch von dieser Frage, wie fallen die Personalentscheidungen bei dem Vorstandsmitglied für Personal und Arbeitswesen, mitbestimmt wird.

Wehner: Karsten Voigt.

Voigt: Ich habe mich noch mal zu Wort gemeldet nach den Beiträgen von Olaf *Schwencke* und Helga *Timm*. Ich weiß nicht, ob das, was der Olaf [*Schwencke*] jetzt gewünscht hat als Änderungsvorschlag, aufgrund des Abstimmungsprozesses mit der FDP noch als Änderung zum Antrag hier möglich ist. Aber ich glaube, dass es ja auch nicht nur darum geht, was hier als Antrag beschlossen wird. Dies ist für die verschiedenen Auffassungen, die hier auch in der Fraktion zur Neutronenwaffe sind, tragfähig, sondern ich glaube, es geht auch darum, was im Plenum dann von unserer Seite diskutiert wird. Und da – Helga [*Timm*] hat das nicht gesagt, aber es klang so ein bisschen an – muss man, glaube ich, sehr darauf achten, dass bei der Diskussion über die Sache selber, die Neutronenwaffe, nicht der Eindruck entsteht, als wären wir an sich dafür gewesen und als hätten uns die Amerikaner das nur kaputtgemacht, sondern dass es hier sichtbar wird im Plenum, dass es von der Sache her politisch, militärisch, entspannungspolitisch gewichtige Gründe für, aber gewichtige Gründe auch gegen die Neutronenwaffe gibt. Wobei ich der Meinung bin, dass die negativen überwiegen, aber ich weiß, dass es andere Auffassungen hier in der Fraktion gibt. Aber dass es auch gewichtige Gründe von der Sache her gegen die Neutronenwaffe gab und nicht, als wären alle hier dafür gewesen und als hätten uns die Amerikaner dieses Argument nur kaputtgemacht und dass man auch sichtbar macht, dass es eine solche Diskussion in den USA selber gegeben hat und

dass nicht diejenigen, die hier Bedenken hatten, sozusagen das Geschäft der Sowjetunion betrieben haben, sondern dass es hier gewichtige Argumente in den USA gegeben hat, wie es sie auch hier gegeben hat. Und deshalb halte ich dieses Moment mit den USA für so wichtig, weil ich glaube, dass wir bei dieser Komponente der Rüstungspolitik nur dann weiterkommen, wenn wir sichtbar machen, dass wir hier nicht das Geschäft einer Seite betreiben wollen, sondern dass wir hier am Interesse der Rüstungskontrolle und Abrüstung interessiert sind und dass in diesem Fall, gerade in diesem Fall die CDU und besonders *Strauß* das Geschäft des Antiamerikanismus betrieben hat. Und glaube ich, dass wir ganz wichtig in dieser Frage sie in diese Ecke hinstellen müssen, sowohl was die Verfügungsgewalt über atomare Waffen angeht, was sie ja mit akzentuiert haben, als auch in der Art, wie sie die ganze Neutronenfrage diskutiert haben bis in die letzten Tage hinein und dass auch die Bedenken gegen die Neutronenwaffe von der Sache her keine anti-amerikanischen Argumente waren, sondern Argumente, die dort selber mit getragen worden sind.

Ich bitte auch darum, dass in der Diskussion, wie sie von unserer Seite im Plenum vorgetragen wird, nicht jetzt gesagt wird, mit der Diskussion über Neutronenwaffe, weil der *Carter* gesagt hat, er stellt es zurück, ist für uns die Sache der Diskussion beendet, sondern wir haben ja ein Interesse daran, nicht nur diese Diskussion nicht zu beenden, sondern unser Argument auf dem Hamburger Parteitag war von allen Seiten, dass wir sie nutzen wollten, die Diskussion, um Fortschritte zu erreichen in der Rüstungskontrolle und Abrüstungspolitik, sodass wir nicht ein Interesse haben, jetzt – weil der *Carter* eine bestimmte Aussage gemacht hat – zu sagen, also haben wir jetzt Ruhe, sondern unser Interesse ist es doch gerade gewesen, die Unruhe – wir hätten uns das etwas anders gewünscht –, aber die Unruhe zu nutzen, um Fortschritte bei der Abrüstung und Rüstungskontrollpolitik zu machen, sodass ich darum bitte, dass unsere Redner in der Fraktion diese Kompo-

nenten deutlich machen. Es gibt sachliche Argumente auch gegen die Waffe von der Sache her und diese sind auch in den USA geäußert worden und nicht nur hier. Der Antiamerikanismus ist aus dieser Frage bei Seiten der CDU und CSU und wir wollen jetzt nicht Schluss machen bei der Sache, sondern dieses vorantreiben bei der Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Wehner: Erwin *Horn*.

Horn: Genossinnen und Genossen, ich habe mich nur zu Wort gemeldet auf das hin, was Olaf *Schwencke* sagte. Olaf [*Schwencke*], ich bitte, dies noch einmal zu überdenken, ob es möglich ist, noch einmal eine Rückkopplung mit dem Koalitionspartner zu bekommen, zumal dieser Koalitionspartner ja nicht ganz frei ist von ganz bestimmten Schwankungen. Ich möchte dann ruhig einmal hier etwas sagen, was mir ein Kollege der CDU nach der Sitzung von heute Morgen in der Arbeitsgruppe Sicherheit und Verteidigung der CDU erzählt hat. Er hat gesagt, es sei eine bedauernswerte Angelegenheit. Er nimmt die Geschichte Neutronenwaffe sehr ernst. Da sagt der, eine ganz bedauernswerte Geschichte für mich, keine Aussage inhaltlich zur Sache, aber eineinhalb Stunden Diskussion darüber, wie wir koalitionspolitische Schwierigkeiten bereiten können aufgrund der Interventionen von *Möllemann*. Das heißt, *Möllemann*, ich sage dann den Namen hier, gegen die Sozialdemokraten koalitionspolitisch auszuspielen. Das hat eine Dimension, wenn du dann noch da wörtlich zitierst einen Parteitagsbeschluss, weiß man ja immer nicht, ob das gerade von der psychologischen Seite her sehr angenehm ist, ob ein Parteitagsbeschluss in die wörtliche Übernahme einer Koalitionsentschließung hineingehen kann, zumal doch etwas anderes da steht. Nämlich es heißt: Der Deutsche Bundestag begrüßt – und wer ist es denn, das ist doch unsere Mehrheit – die Entscheidung des [US-] *amerikanischen Präsidenten* für Fortschritte, und zwar die Absicht der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses, die Entscheidung des *amerikanischen Präsidenten* für Fortschritte bei der Rüstungskontrolle und

Rüstungsbegrenzung zu nutzen. Inhaltlich ist ja doch im Grunde genommen alles schon drin. Das muss man sehen, nicht. Und ich möchte dich also auf diesen Punkt hier der Schwierigkeiten aufmerksam machen. Wir dürfen in dieser Debatte, das ist meine Auffassung, nicht einen Millimeter, nicht ein Löschblatt Breite an Rissen zeigen gegenüber der Regierung auf der einen Seite und innerhalb der Koalition auf der anderen Seite. Draußen die Öffentlichkeit interessiert die Debatte so nicht, wie sich das nur in einem engen sensiblen Bereich darstellt. Innerhalb dessen, was sich am Donnerstag vollzieht, wird das Wichtigste sein, wie geht diese Koalition und vor allen Dingen, wie geht diese Regierung in der Öffentlichkeit aus der Debatte heraus. Ist sie glaubwürdig? Ist sie führungsfähig oder werden da Insistierungen vorgenommen, die das infrage stellen? Von diesem Hintergrund her möchte ich dich bitten, deine Überlegungen hier noch einmal zu überprüfen.

Wehner: Alfons *Pawelczyk*.

Pawelczyk: Ich möchte ein Argument von Karsten *Voigt* aufgreifen und glaube, so zu debattieren am Donnerstag, wie du es vorschlägst an einer Stelle, ist nicht schwierig. Denn wenn wir uns die schriftliche Erklärung *Carters* ansehen und sie mit unserer Willensaussage des Bundesparteitags vergleichen, so denke ich, sind sie inhaltlich deckungsgleich. Und wenn wir uns die Erklärungen des Präsidiums von gestern ansehen, so wird exakt dieser Punkt aufgenommen und in einer gleichen Weise dargestellt.

Zweitens, Olaf [*Schwencke*]. Ich bin auch der Meinung, dass das, was wir hier vorliegen haben als gemeinsamen Kompromiss, ein sehr weitgehender Kompromiss ist zu unseren Gunsten und dass man sehr wohl in der Debatte diese Sorge darstellen kann, zumal ja auch auf der ersten Überprüfungskonferenz über den Atomwaffensperrvertrag alle dort anwesenden Staaten, die den Atomwaffensperrvertrag ratifiziert haben, ja diese beiden Großmächte dafür kritisiert haben, dass sie die Verpflichtungen, die sie selbst übernom-

men haben, eben noch nicht in wünschenswertem Umfang durchgeführt und realisiert haben. Ich würde darum bitten, weil es insgesamt auch sehr hilft, insgesamt diesen hier vorliegenden Entschließungsantrag in dieser Formulierung so zu unterstützen und ihm zuzustimmen.

Wehner: Norbert *Gansel*.

Gansel: Genossinnen und Genossen, ein Wort zum Verhältnis zu den USA, Proamerikanismus oder Antiamerikanismus. Ich habe den Eindruck, dass die Kampagne der CDU/CSU eigentlich nur zu deuten ist, als dass hier bewusst auf nationalistische Ressentiments in unserem Volk gespielt wird. Ich glaube, dass das nicht dadurch auszugleichen ist, indem wir eine emotionale proamerikanische Haltung einnehmen, sondern dass wir es uns leisten können, dort unbefangen aufzutreten und die Frage die von Pro- oder Antiamerikanismus abhängig machen können von der Übereinstimmung in Sachfragen. Da habe ich allerdings den Eindruck, dass in den vergangenen Monaten von deutscher Seite, von sozialdemokratischer Seite und nach manchen Veröffentlichungen offiziöser Stellen hin zu urteilen, auch von Regierungsstellen, in vielen Fragen der Unterschied zur amerikanischen Position ohne Not herausgestellt worden ist und dass es einen gewissen, ich möchte fast sagen technokratischen Hochmut gegenüber einem *Präsidenten in den USA* gegeben hat, der ganz bewusst versucht hat, stärker moralische Elemente in die Politik einzuführen. Und ich glaube, als Ergebnis dieser unserer Haltung ist es dann auch zu verstehen, wenn heute der Genosse *Steger* in seinem Beitrag im Pressedienst das in einer einzelnen Sachfrage besonders krass herausgestellt hat. Was ich von der Sache her beurteile und im Übrigen auch von dem Muskelspiel her, das dort betrieben wird. Ich würde es für gut halten, wenn wir uns bemühen würden, in den nächsten Monaten stärker auf das zu achten, was wir auch als Sozialdemokraten in der amerikanischen Innenpolitik, Sozialpolitik, in der amerikanischen Wirtschaftsaußenpolitik, gerade auch in Beziehung auf Rüstung und auch manches in Bezug auf Men-

schenrechte positiver werten würden. Dann würde sich manche Kontroverse ersparen.

Richtig ist, Alfons [Pawelczyk], dass – jedenfalls auch mein Eindruck – sich unsere Parteitagssposition weitgehend deckt mit dem, was *Carter* nun beschlossen zu haben scheint, um das in aller Vorsicht zu sagen. Aber deshalb verstehe ich eigentlich auch nicht die Zurückhaltung, die in diesem Papier, in diesem Entschließungsentwurf deutlich wird. Dort wird ja nicht die Entscheidung des *amerikanischen Präsidenten* begrüßt, sondern begrüßt wird die Absicht der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses, eine Entscheidung des *amerikanischen Präsidenten* zu nutzen. So nach dem Motto: wir versuchen noch das Beste daraus zu machen. Und ich hätte es gewünscht, dass wir jedenfalls vonseiten der Sozialdemokraten eine stärkere sachliche Identifikation mit der Entscheidung des *amerikanischen Präsidenten* vollzogen hätten.

Ich will nun auf den Stil der Resolution nicht eingehen. Aber vielleicht kann man hier noch manches besser machen, indem man die eine oder andere Passage streicht, ganz streicht. Die gibt manchmal nicht viel her, ist etwas verunglückt manchmal in der Wortwahl. Aber noch zu ein paar Sachfragen eine Bemerkung, und zwar wenn hier im Punkt 3 davon gesprochen wird, dass die Aufrechterhaltung des Friedens vom Gleichgewicht der Kräfte abhängig ist, so meine ich, sollte man das so apodiktisch eigentlich nicht sagen. Maximales Gleichgewicht ist notwendig bei maximalem Misstrauen. Dass unter den gegebenen Verhältnissen ein ziemliches Gleichgewicht notwendig ist, das scheint mir richtig zu sein. Ich bedauere es aber, dass das hier so kategorisch verkündet wird, weil dieses eigentlich von einem Politikzustand ausgeht, den wir ja versuchen müssen zu ändern. Wenn dann aber hier steht, wo gleich Ungleichgewichte bestehen, müssen sie abgebaut werden, dann erhebt sich natürlich die Frage, wo bestehen diese Ungleichgewichte und wie sollen sie abgebaut werden. Wenn man weiterblättert, hat

man den Eindruck, dass damit auch in Bezug auf die Rede des *Kanzlers* in Punkt 5 vor allen Dingen das Mittelstreckenpotential und die Panzer gemeint sind. Wenn das so ist, meine ich, sollte man das auch deutlich sagen oder vielleicht ist es besser, das nicht zu sagen, weil dieses natürlich entsprechende Forderungen in unserer Rüstungspolitik auslösen müsste. Man kann ja Gleichgewichte ausgleichen, indem man auf der einen Seite abbaut und indem man auf der anderen Seite etwas zulegt. Ich befürchte, dass davon nur nachbleiben wird in der Diskussion, wie die CDU/CSU es aufnehmen wird, dass noch etwas Zusätzliches zugelegt werden soll. Im Übrigen ist mir auch nicht ganz klar, wie in Punkt 4 gemeint worden ist, dass ausgehend von der Entscheidung des *amerikanischen Präsidenten* im Zusammenhang mit der Produktion der Neutronenwaffe – damit ist ja wohl gemeint die Nichtproduktion der Neutronenwaffe – die technologischen Möglichkeiten des Westens auch weiterhin erhalten bleiben und beim Ausgleich bestehender Disparitäten optimal genutzt werden müssen. Was soll das bedeuten? Soll die Produktion der Waffe bis zur Produktionsreife oder darüber hinaus vorbereitet werden? Sollen andere ähnliche Produktionen vorgenommen werden? Was ist damit gemeint? Dass wir unser technologisches Knowhow behalten wollen, ist ja selbstverständlich. Niemand will darauf verzichten. Aber was bedeutet das? Bitte verzeiht diese etwas naiven Fragen eines Sozialpolitikers. Aber diese Resolutionen sollen ja für die öffentliche Diskussion gemacht werden und vielleicht gelingt es uns noch, das eine oder das andere etwas klarer zu fassen.

Wehner: Gibt es weitere Wortmeldungen? Der *Bundeskanzler*.

Schmidt (Hamburg): Zunächst zum Egon *Lutz* eine Bemerkung. Du hast zwar mir eine Meinung unterstellt und dann verboten, dass ich mich dazu äußere. Aber so kann man ja nicht verfahren und deswegen möchte ich zu deiner Bemerkung noch etwas sagen dürfen. Es wird in einer Koalitionsregierung, Egon [*Lutz*], nie so sein, dass alle Mitglieder, die für den einen Partner

diese Regierung bilden, mit allem einverstanden sein können, was die Mitglieder, die für den anderen Partner in die Regierung entsandt werden, öffentlich reden. Das ist so. Das gilt auch für manches, was unsereins öffentlich sagt in den Augen den FDP-Kollegen und der FDP-Fraktionskollegen.

Dies vorweggeschickt, sage ich hier unter uns und nicht zur Veröffentlichung, nur zur Klarstellung, so wie ich die Verfassungslage betrachte, in der ja weder das Wort Streik noch das Wort Aussperrung vorkommt, in der auch das Wort Arbeitskampf nicht vorkommt, sondern in der nur von der Koalitionsfreiheit die Rede ist, und so wie ich die angesichts dieser Verfassungslage im Laufe von Jahren und Jahrzehnten entwickelte Rechtsprechung des obersten Gerichtes oder des oberen Bundesgerichts in dieser Frage kenne, kann kein Zweifel daran sein, dass unter bestimmten Voraussetzungen – es gibt da Einengungen – Streik zulässig ist und auch kein Zweifel daran sein, dass unter gewissen Voraussetzungen – die sind enger als eben beim Streik und hier spielt auch die Verhältnismäßigkeit und die Adäquanz eine Rolle – auch Aussperrungen zulässig sind nach geltendem Recht. Ich lasse mich nicht ein auf die Streitfrage, ob in Hessen was anderes gilt als im Rest der Bundesrepublik. Wenn ein Bundesminister gefragt würde oder wenn ich gefragt würde, wie ich die Verfassungs- und Rechtslage beurteile, dann müsste ich etwa in dem Sinne antworten, wie ich es eben skizziert habe, wahrscheinlich etwas genauer, als ich mich eben ausgedrückt habe.

Ich möchte was sagen dürfen zu der EntschlieÙung. Ich sehe die eben zum ersten Mal. Ich finde es eine ganz gute Arbeit, wenn ich bedenke, dass sie von Kollegen beider Bundestagsfraktionen stammt, FDP und SPD. Ich möchte auf einen kleinen Fehler aufmerksam machen, der nicht gewollt ist, der aber im Verständnis zweier Bündnispartner, wenn sich jemand dessen bemächtigt, eine vorübergehende Irritation auslösen kann. Es steht im ersten Satz der Ziffer 2: Die Entscheidung über die Produktion nuklearer Waffen liegt ausschließlich in der Verantwortung der Vereinigten Staaten. Das ist so

nicht richtig. Frankreich ist ein Nuklearwaffenstaat, England ist ein Nuklearwaffenstaat und die Volksrepublik China ist einer und die Sowjetunion ist einer. Und es gibt noch eine Reihe von Staaten, die sind nicht mal beigetreten, genau wie China und Frankreich, dem Non-Proliferations-Vertrag. Trotzdem kann man von ihnen sagen, es liegt in ihrer Verantwortung. Ich würde also bitten, diese Zeile zu korrigieren. Nur damit nicht irgendjemand sagt, wir machen jetzt den Engländern oder Franzosen Vorschriften. Der Satz könnte zum Beispiel korrigiert werden, indem man sagt: Innerhalb unseres Bündnisses liegt die Entscheidung über die Produktion nuklearer Waffen bei den Vereinigten Staaten von Amerika, Komma, bei Frankreich und bei England. Oder so ähnlich. Das scheint mir rein redaktionell und einfach zu sein, das in Ordnung zu bringen, verändert am Sinn der EntschlieÙung überhaupt nichts.

In dem Zusammenhang eine Bemerkung zu Olaf *Schwenckes* Anregung. Wenn man die aufnimmt, was ich nicht weiß, ob das noch geht mit der FDP, das kann ich nicht beurteilen, ich war an den Gesprächen nicht beteiligt, aber wenn man sie aufnimmt, muss sie gesonderter Absatz sein. Sie darf nicht, wie der Olaf [*Schwencke*] gemeint hat, in den Zusammenhang der Ziffer 2 gebracht werden, denn die Ziffer 2 redet ja mehr von unserer Position im Gesamtzusammenhang, während das, was der Olaf [*Schwencke*] anregt, soll sich ja an die Adresse der nuklearen Waffenstaaten richten. Wenn man sie aufnimmt, dann muss es ein Absatz für sich sein. Aber dann muss es auch so ausgedrückt werden, dass jeder versteht, dass sich das keineswegs allein an die Adresse der Vereinigten Staaten von Amerika richtet. So hast du es ja auch nicht gemeint. Dann muss das sehr viel anders ausgedrückt werden. Sonst hätte ich gegen den Gedanken nichts. Ich kann aber nicht beurteilen, ob wir das bei der FDP noch unterbringen. Wenn du willst, brauchst du dich dabei nicht auf den Hamburger Parteitag zu beziehen. Du kannst dich beziehen auf die Präambel des Non-Proliferations-Vertrages, der unterschrieben worden ist von der Sowjetunion und von den Vereinigten Staaten von Ameri-

ka. Darin haben sich, in der Präambel zum Non-Proliferations-Vertrag haben sich diese Signatarmächte des NPT Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons verpflichtet ihre nukleare Rüstung einzuschränken. Darauf beruht ja im Übrigen auch die SALT Strategic Arms Limitation Talks (Gruppe von Verträgen zur nuklearen Rüstungsbegrenzung) -Verhandlung, auf dieser Verpflichtung.

Wehner: Gibt es noch Wortmeldungen? Bruno *Friedrich*.

Friedrich: Genossen, wir sollten nicht vergessen, dass es erst sehr kurze Zeit zurückliegt, dass nach einer Ankündigung von *Möllemann*, seine Fraktion werde sich am Nachmittag dafür entscheiden, die Neutronenwaffe einzuführen und die Sowjetunion solle zwei Jahre Gelegenheit haben dann, ob sie bereit sei, in Verhandlungen einzutreten, und dass aus dieser Position heraus dann an diesem gleichen Tage die CDU/CSU-Fraktion beschlossen hat, für die Einführung der Neutronenwaffe einzutreten. Weil das war doch eine für uns höchst komplizierte Ausgangsposition und wer – das stand ja alles in den Zeitungen zu lesen – gesehen hat, wie behutsam dann zunächst die FDP-Fraktion, ich will nicht die »Stuttgarter Zeitung« zitieren, die von dem Bomber aus Mölln geschrieben hat, den Mann aufgefangen hat, dass es aber dann einen sehr komplizierter Prozess war, und das möchte ich euch auch sagen, vom Montag bis zu diesem Augenblick, in eine Bewegung zu kommen, aus der heraus sowohl die Anforderungen im Bündnis, denn dies muss doch auch die Bundesregierung beachten, und unser Hamburger Parteitagsbeschluss so abgedeckt werden. Nun kann einer sagen, ich sehe das wirklich nicht. Es ist nach meiner Meinung in der Tat schwierig, Olaf [*Schwencke*]. Ich bin ja nicht der Meinung, dass man gegen deine Formulierung ist. Aber ich würde grundsätzlich Bedenken haben, den Wortlaut eines Parteitagsbeschlusses einem Koalitionspartner vorzulegen. Die deutsche Sprache ist reich genug, dies umzuformulieren.

Aber unser Versuch war dann anderer Art aus dieser ursprünglichen Bewegung heraus, nämlich das, was wir wollen als Konsequenz unserer Politik, Norbert [Ganse/], und da komme ich auf deine Einwände, positiv zu formulieren. Das heißt, welche Konsequenzen ergeben sich für das politische Handeln aus unseren Befürchtungen und dann hier die Union mit gegen die Entscheidung des *amerikanischen Präsidenten* in der Öffentlichkeit laufen zu lassen. Was ja ihr Problem am Donnerstag ist und da sollen sie auch mal anlaufen. Ich glaube, wir haben keine Scheu und ich habe ja damals an dem gleichen Tage, als *Möllemann* diese Veröffentlichung machte, geschrieben: Europa hat allen Anlass, alarmiert zu sein, dass gegenwärtig weltweit die Gefahr kriegsrischer Auseinandersetzungen zunimmt. Wir stehen heute vor der nicht zu leugnenden Tatsache, dass Ost und West auf dem besten Weg sind, sich durch beiderseitige Rüstungsanstrengungen, insbesondere durch die qualitative Verbesserung der Waffentechnologie, in einen neuen Rüstungswettlauf hineinzusteigern.

Olaf [Schwencke], ich gehe davon aus, dass die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion, aufnehmend was der Parteitag in Hamburg außenpolitisch als Antrag Nummer eins beschlossen hat, ganz stark am Donnerstag in der Debatte zum Ausdruck bringt, dass wir es am Dienstag von dieser Debatte her noch mal aufnehmen. Wir haben, um euch mal die Schwierigkeiten zu sagen, am Donnerstagfrüh diese Dinge besprochen, die beiden Ausschüsse, die beiden Arbeitsgruppen, Außen/Verteidigung, am Montagfrüh. Dann hatten wir am Nachmittag die Information. Dann hat das von gestern Abend bis heute Morgen zum Arbeitskreis von sehr weitgehenden her Positionen sehr komplizierte Gespräche, wo eben sehr viel zu bedenken war. Ich würde um eines bitten, Genossen, weil ich sonst keinen Dissens sehe, dass die Fraktion dem zustimmt. Erstens und zweitens, dass die Fraktionsführung beauftragt wird, den Satz von Olaf *Schwencke* oder wenn es nicht der Wortlaut des Parteitagsbeschlusses, unsere Sorge, dass – und hier haben wir ja auch SS So-

wjetische Mittelstreckenrakete -20 – die Technologien im atomaren Bereich ausgebaut werden, dass man dies nachträglich noch aufnimmt, wenn die FDP hier nicht – dies muss man dann auch sagen – nicht die Notwendigkeit einer neuen Prozedur in ihrer eigenen Fraktion sieht. Aber ich glaube, dass hier all unsere Positionen, und ich glaube, Karsten Voigt hat hier einiges dazu gesagt, im Hinblick auf unser Handeln, das wir anstreben, abgedeckt sind und das scheint mir das Entscheidende auch in unserem Wollen als Fraktion gegenüber der Regierung. Und ich glaube, dass hier niemand sagen kann, hier ist irgendwo etwas hereingeschoben, wo etwas kaschiert wird und ich würde sagen, all das, was wir auch hier geschrieben haben, auch was ich selber geschrieben habe, Olaf [Schwencke], deckt dies ab. Nur, wir sollten diesen komplizierten Prozess von Möllemann bis heute, der absolut positiv für unser Wollen ausgegangen ist, nicht komplizieren im letzten Augenblick. Das ist eine Bitte.

Wehner: Olaf Schwencke.

Schwencke: Genossinnen und Genossen, lasst mich noch zwei Vorbemerkungen machen, bevor ich zu meinem Antrag etwas sage und zu den Vorschlägen, die gekommen sind. Ich glaube, dies ist wieder ein Fall, wo wir uns sicherlich nicht ganz ohne unsere Schuld durch jemanden Einzelnes beim Koalitionspartner in eine Ecke haben drängen lassen, wo wir manche Dinge da nicht mehr so sagen konnten, wie Egon Bahr sie zunächst sehr deutlich für mich jedenfalls und ich hatte den Eindruck sehr verbindlich für viele von uns draußen gesagt hat. Wir konnten es ja auch im Einzelnen nicht wissen, Helmut [Rohde]. Ich war nicht als Mitglied des Verteidigungsausschusses in der Lage, konnte also nicht zuhören, was du gestern dort im Einzelnen erläutert hast, aber jedenfalls das, was Genscher in Amerika gesagt hat und wir werden natürlich auch gefragt und wir haben immerhin doch auch unseren Freunden gegenüber eine moralische Verpflichtung. Mag das naiv klingen. Ich sage das so, wie das viele empfinden und wie sicherlich auch von hier ei-

nige das empfinden. Wir haben diese moralische Verpflichtung, diese Angst um die Weiterverbreitung immer wieder auch als Politikum in der Öffentlichkeit zu behandeln. So naiv das vielleicht für den einen oder anderen klingen mag. Ich jedenfalls geniere mich nicht, das zu tun. Mir hat eingeleuchtet, was Helmut *Schmidt* gesagt hat und andere gesagt haben, dass erstens die Schwierigkeit mit der FDP groß ist und zweitens der Versuch gemacht werden kann, etwa im Blick auf die Präambel des Nichtverbreitungsvertrages immerhin deutlich zu machen, dass das, was wir in Hamburg gesagt haben, nun nicht mit den Hamburger Sätzen des Parteitages, so habe ich das auch nicht gemeint, sondern eben mit dem Inhalt deutlich zu machen. Und wenn Bruno *Friedrichs* Vorschlag hier allgemein akzeptiert wird, dass dieser Text noch mal im Blick auf diesen Teil revidiert werden soll und ein Gespräch versucht werden soll mit der FDP, dann wäre ich damit einverstanden und ziehe hiermit diesen Vorschlag jedenfalls zurück, insbesondere im Blick auf die Formulierung, die der *Bundestkanzler* mit den Gefahren skizziert hat, die in dieser Formulierung stecken möchten. Danke schön.

Wehner: Gibt's noch Wortmeldungen? Keine. Können wir dann abgeschlossen betrachten zusammen mit der zuletzt hier noch von *Friedrich* gegebenen und von Olaf *Schwencke* aufgenommenen, unter Weglassung seines ausdrücklichen Antrags gegebenen Anregung? Einverständnis damit?

Dann, Genossen, müssen wir uns wirklich Mühe geben, bei dieser Debatte deutlich zu machen, wie stark das Interesse der Sozialdemokraten an dieser Geschichte ist. Dabei gilt es, ich will das nicht noch mal von vorne anfangen, in Wirklichkeit darum, dass wir diejenige Bundestagsfraktion sind und in dieser Pflicht stehen, die am beharrlichsten für das Ausmaß von Gleichgewicht eintritt, von dem aus in Wirklichkeit Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung möglich wird und schließlich auch zu einer großen Volksangelegenheit wird. Das ist unsere Aufgabe, die wir durch keine andere Fraktion ersetzt sehen könnten in diesem so zusammengesetzten Bundestag.

C.

Wehner: Nun, Genossen, wir haben jetzt die Notwendigkeit, zum Punkt 10 und den folgenden Punkten überzugehen. Ich glaube, diese Punkte sind zum größeren Teil knapp zu behandeln. Womit ich niemandem das Wort beschneiden will. Punkt 10 ist Ausschussberichte zum CDU/CSU-Entwurf Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes und zum Antrag der CDU/CSU Ausgleich von Steuerausfällen bei den Gemeinden. Berichterstatterin Brigitte Traupe.

Traupe: Genossinnen und Genossen, dies ist ein Thema, wo wir sicherlich mit dem Herzen den Gesetzesvorschlag der CDU/CSU gern annehmen würden, aber wir müssen natürlich gerade in der Finanzpolitik auch mit dem Verstand arbeiten. Deswegen hat der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages mit Mehrheit empfohlen, eine isolierte Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 14 auf 15 Prozent abzulehnen. Wir haben das aber gekoppelt mit den Neuverhandlungen um die Umsatzsteuerneuverteilung und ich möchte euch auch herzlich bitten, dass wir das in diesem Sinne in der Debatte am Donnerstag – es soll ja eine Runde dazu geben – auch so argumentativ besetzen.

In der Tat könnte man die Finanzsituation der Kommunen verstetigen. Dies ist ja auch eine Forderung, die der Innenausschuss angenommen hat. Nur, man müsste dann natürlich ganz konkret daran denken, wie die Finanzsituation zurzeit beim Bund und bei den Ländern aussieht und da können wir uns vom Bund her – zumal er derjenige wäre, der weitgehend diesen Gesetzesvorschlag auch bezahlen müsste – uns eine isolierte Anhebung nicht leisten und ich möchte euch deswegen bitten im Sinne unseres Votums, dass die Regierung aufgefordert wird, gemeinsam mit den Ländern zu prüfen, ob im Zusammenhang mit den kommenden Bund-Länder-Verhandlungen über die Neuverteilung der Umsatzsteuer unter Berücksichtigung der Grundsätze des Artikels 106 des Grundgesetzes eine Erhöhung des Gemeindeanteils auf 15

vom Hundert durchgeführt werden kann. Bei allem Verständnis für die Lage der Gemeinden, die übrigens differenziert zu sehen ist. Es gibt eine ganze Menge kleine und mittlerer Kommunen und auch Kreise, in denen die Finanzsituation sehr gut ist. Meines Erachtens sind es vor allen Dingen die Großstädte, auf die wir in den nächsten Jahren unser Augenmerk richten müssen und ich möchte euch doch bitten, dass wir in diesem Sinne mitvotiert.

Wehner: Danke. Wünscht jemand dazu das Wort? Nicht der Fall. Also Einverständnis. Dann kommen wir zum Punkt 11. Karl *Liedtke*.

Liedtke: Genossinnen und Genossen, zwei Elemente stecken hinter dieser Überschrift, die nichts hergibt. Erstens die Besoldung der Hochschullehrer in den Ländern wird in die allgemeine Besoldung eingebunden. Der vorgelegte, noch nicht in Kraft getretene erste Entwurf der Regierung war uns zu teuer. Dieser mindert die Kosten, senkt sie um 80 Millionen pro Jahr für die Länder. Die Länder begrüßen das. Zum Zweiten läuft eine Sonderregelung im Bereich der Überstunden im öffentlichen Dienst Ende dieses Jahres aus. Gesetzlich dürfen in begründeten Ausnahmefällen monatlich maximal 40 Überstunden im öffentlichen Dienst getätigt werden. Sehr begrenzt auf bestimmte Bereiche der Betriebsministerien Bahn, Post. Wir hatten bis zum Ende dieses Jahres eine Ausnahme von 80 Stunden für das medizinische Personal an Universitätskliniken. Wir wollen diese Ausnahme um drei Jahre verlängern für den Sicherheitsbereich beim Bund. Das Bundeskriminalamt kommt in der neuen Situation – sprich Terrorismus – zurzeit nicht anders klar. Das sind die Elemente. Es ist nur die erste Lesung. Dezidiert kommt es zurück in die Fraktion.

Wehner: Wer wünscht dazu das Wort? Offenbar niemand. Ist also zur Kenntnis genommen.

Dann kommen wir zum Punkt 12. Dazu ist Berichterstatter Wilhelm *Nöbel*. Ausschussbericht zum Bericht der Bundesregierung gemäß Paragraph 96b VFG Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes getroffene Maßnahmen.

Nöbel: Genossinnen und Genossen, es handelt sich um den Bericht der Bundesregierung über Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet der ostdeutschen Kulturpolitik im Rahmen des Paragraphen 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes über die Jahre [19]73 bis [19]75. Dieser Kulturparagraf enthält eine allgemeine Weisung an Bund und Länder, ostdeutsches Kulturgut zu fördern. Der Regierungsbericht ist in den Ausschüssen interfraktionell gewürdigt worden, da er anerkennenswerterweise eine sehr umfangreiche Darstellung der Maßnahmen zur Kunst- und Künstlerförderung, zur Sicherung des dinglichen Kulturgutes, zur Förderung von Wissenschaft und Forschung und der regionalen Kulturwerke der Vertriebenen enthält. Im Plenum muss natürlich mit einigen kritischen Anmerkungen der Opposition gerechnet werden. Wir können aber offensiv agieren und eine Positivwertung geben unter Hinweis zum Beispiel auf die über 3,7 Millionen Mark, die im letzten Jahr allein im Bereich des BMI zur Verfügung standen, auf das Kulturabkommen mit Polen, das am 25. November letzten Jahres in Kraft getreten ist, auf die Pflege und Fortentwicklung der ostdeutschen Kultur als Daueraufgabe und nicht zuletzt darauf, dass dieser Bericht im Gegensatz zu den sechs früheren Berichten erstmals öffentlich behandelt und eine interfraktionelle Arbeitsgruppe des Innenausschusses sich weiterhin mit dem Gesamtkomplex kontinuierlich befassen wird. Künftige schriftliche Berichte sollen jeweils zu Anfang und zur Mitte der Wahlperiode vorgelegt werden.

Wehner: Wird das Wort gewünscht? Scheint nicht der Fall zu sein.

Dann kommen wir zum Punkt 13, Günter *Topmann*, Ausschussbericht Antrag CDU/CSU Bundesfernstraßenbau.

Topmann: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich kann es ganz kurz machen. Dieser Tagesordnungspunkt ist schon Gegenstand eines Vortrags der Arbeitsgruppe damals durch Klaus *Daubertshäuser* in der Fraktion gewesen. Seit dem damaligen Zeitpunkt hat sich nichts geändert. Wir werden auch am Donnerstag die Dinge so darlegen, wie wir sie damals in der Fraktion erörtert haben. Nur ganz kurz: Hier handelt es sich um Scheinaktivitäten der CDU/CSU-Fraktion. Im Wissen um bereits getroffene Vorbereitungen in der Bundesregierung, sprich im Fachministerium, hat sich die CDU/CSU versucht dort anzuhängen. Sie hat bestimmte Forderungen gestellt, die mit den entsprechenden Gesetzen nicht vereinbar sind. Das haben wir sowohl in der ersten Debatte im Plenum als auch im Ausschuss zurückgewiesen. Gleiches werden wir am Donnerstag auch tun.

Wehner: Danke. Wird das Wort gewünscht? Nein?

Dann kommen wir zu Klaus *Immers* Bericht Internationaler Antrag zur Rheumabekämpfung.

(Heiterkeit.)

Ja, lacht mal darüber.

Immer: Genossinnen und Genossen, dieser Antrag geht zurück auf eine kleine Anfrage in der letzten Legislaturperiode und auf das letztjährige sogenannte Welt-Rheuma-Jahr. Wir haben lange Zeit darüber diskutiert, inwieweit es eine Große Anfrage geben sollte. In Anbetracht der Situation, dass die Fragen, die gestellt werden können und soweit die Bundesregierung überhaupt antworten kann, haben wir festgestellt, dass hier natürlich sehr stark Länderkompetenzen tangiert sind. Andererseits meinten wir und das haben wir dann in der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit beschlossen, im Arbeitskreis bestätigt, dass ein Gruppenantrag eingebracht werden kann,

der die Unterschrift wie aus dem ausgedruckten Antrag ersichtlich, der die Unterschriften trägt.

Die Sache ist insofern interessant, als seitens der CDU hier sehr stark gedrückt worden ist und wir nicht gerne wollten, dass die CDU in einer großen Anfrage mehr erreichen kann, als eigentlich zumutbar ist. Im Wesentlichen geht es darum, dass die Bundesregierung – und das ist wohl möglich – eine Aktualisierung der Statistik und der Kostenberechnungen herbeiführen kann, dass mit den Ländern möglicherweise verhandelt werden kann oder erreicht werden kann, dass Therapie und Beratung, Information verstärkt werden können und dass die bereits eingeleiteten Maßnahmen interministerieller Art zur Verstärkung der Forschung auf diesem Gebiet erweitert werden. Wir haben abgestimmt auch mit den zuständigen Fachministerien, dass eine Berichterstattung per 31.12.[19]79 möglich ist. Es ist vereinbart, dass dieser Antrag am Freitag eingebracht wird im Plenum, dass eine Runde debattiert wird. Der Arbeitskreis hat mich beauftragt, dazu eine Stellungnahme abzugeben.

Wehner: Wortmeldungen dazu? Bitte.

[N.N.]: Da ich von Zeit zu Zeit unter Hexenschuss leide, wüsste ich gerne, ob dies auch von eurem Antrag erfasst wird.

(Heiterkeit.)

Immer: Das wird selbstverständlich von dem Antrag erfasst, aber ob du den richtigen Therapeuten aufgesucht hast und eine richtige Diagnose bekommen hast und darauf eine richtige Therapieanwendung bekommst, das ist eine andere Frage. Die ist nicht mehr in der Kompetenz dieser Fraktion, auch des Bundestages und auch nicht der Bundesregierung.

Wehner: Da kannst du mal sehen. Es gibt auch noch Antworten, wenn du die provozierst.

(Heiterkeit.)

(Zwischenruf *Schmidt (Hamburg)*: Außerdem, wo kämen wir hin, wenn wir hier ein Gesetz machen würden zu deinen Gunsten.)

(Heiterkeit.)

Es waren weiter keine Wortmeldungen.

Dann kommen wir zum Punkt 15, Heinz *Rapp*. Das ist ein CDU/CSU-Antrag GATT General Agreement on Tariffs and Trade -Verhandlungen.

Rapp (Göppingen): Genossinnen und Genossen, im Grunde ist es zu begrüßen, dass durch diesen Entschließungsantrag der Opposition das Thema der GATT-Verhandlungen auch in den Bundestag hereingeholt wird. Ich könnte mir vorstellen, dass künftig die Bundesregierung bei internationalen Verhandlungen von dieser Tragweite, es handelt sich ja immerhin um Zollsenkungen und um die Möglichkeit administrativer Eingriffe in die Weltmärkte, in den Handelsverkehr, dass die Bundesregierung von sich aus das Bedürfnis hat, periodisch zu berichten. Nun hat die Opposition einen Antrag vorgelegt, der völlig unzulänglich ist. Es sind dort Positionen drin, damit rennt sie offene Türen ein, andere Positionen fehlen und insbesondere ist es völlig abwegig, den internationalen Kapitalverkehr dem GATT zu überantworten. Das GATT würde daran kaputtgehen. Das ist ein viel zu sensibles Instrument. Wir haben einen eigenen, einen Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen, der alles mit abdeckt und den werden wir in einer Erklärungsrunde mit einbringen und dabei zum Ausdruck bringen, wie unzulänglich der Oppositionsantrag ist.

Wehner: Wird das Wort dazu gewünscht? Nicht der Fall.

D.

Wehner: Dann kommen wir zu dem Punkt Informationen. Dazu liegt eine Wortmeldung vor von Rudi *Schöffberger*.

Schöffberger: Kürze von einem Bescheid des Bayerischen Staatsministeriums für Unterrichtung Kultus informieren, mit dem ein Genosse von uns abgewiesen worden ist. Radikalenpraxis. Die neue Qualität dieses Bescheides besteht darin, dass die Verfassungswidrigkeit des SHB darauf gestützt wird, dass er den Orientierungsrahmen '85 vertrete, unter anderem den Orientierungsrahmen '85 vertrete. Wortwörtlich heißt dies, der Bescheid stammt vom 7. März [19]78 und ist erst in diesen Tagen bekanntgeworden: Aus den vorstehenden Darlegungen ergibt sich die verfassungswidrige Zielsetzung des SHB. Der SHB München vertritt in vollem Umfang die verfassungswidrigen Ziele des Gesamtverbandes des SHB. Der SHB München propagiert uneingeschränkt das SHB-Verbandsorgan »Frontal«, Grundsatzprogramm und Grundsatzerklärung des SHB und den Orientierungsrahmen '85 (OR 85).

(Heiterkeit.)

Das ist also gar nicht so lächerlich. Das scheint eine neue Qualität im Rahmen dieser Praxis zu sein und ich würde unsere Genossen Egon *Bahr* und vor allem Willy *Brandt* bitten, ihren Protest und damit den Protest der SPD bei der Bayerischen Staatsregierung gegen eine solche Praxis anzubringen, denn dies können wir mit Sicherheit nicht hinnehmen.

(Beifall.)

Wehner: Gibt's dazu eine Bemerkung von Regierungsseite oder so? Offenbar nicht. Wie?

(Zwischenruf.)

Bei der Sachlage bitte ich dich sehr, Rudi *Schöffberger*, mir deine Notizen zu geben, damit ich damit weiterkommen kann, wenn hier Schweigen im Wald ist.

(Zwischenruf.)

Nein, ich bitte nur darum. Ich werde mich schon kümmern. Gibt's weitere Wortmeldungen unter dem Punkt Informationen? ⁵ Das ist nicht der Fall.

Dann muss ich, Genossen, zurückkommen auf den Punkt, ehe wir den Punkt 17, den wir noch per Beschluss absolvieren müssen, zurückkommen auf den Punkt 3. Das ist ein Bericht Helga *Timms* betreffend Präsenz der Fraktionsmitglieder in den Ausschüssen und im Plenum. Dazu gibt's eine Aufzeichnung. Ich erlaube mir eine Vorausbemerkung, dass dies zwar nicht das Gesamtergebnis einer einigermaßen eingehenden Erörterung im Fraktionsvorstand gewesen ist, nicht in der letzten Sitzung, sondern in einer Extrasitzung, aufgrund eines sehr kritischen verdienstvollen Briefes von Martin *Schmidt* über seine Erfahrungen und Beobachtungen hinsichtlich der Zusammenarbeit, der Mitarbeit in den Ausschüssen, aber auch sonst. Und da haben wir am Schluss gesagt, wir müssen einige Dinge unter uns hier einmal unbeschwert von der sonstigen laufenden Tagesordnung so erörtern, dass dabei wenigstens das Erreichbare herauskommt, um einiges zu bessern, im gegenseitigen Auf-sich-zu-Treten. Das, was hier steht mit einer Vorlage für die Fraktionssitzung am 11. April, überschrieben: Präsenz in Ausschüssen, ist also nur ein Bruchteil dessen und darf nicht vom anderen und soll nicht vom anderen ablenken. Helga *Timm* hat das Wort.

Timm: Ja, liebe Genossinnen und Genossen, in Ergänzung zu dem, was Herbert [*Wehner*] eben sagte, insbesondere kommt in diesem Papier nicht zum Ausdruck die große Sorge und Beschwernis, die viele insbesondere unserer Obleute in den Ausschüssen über Monate jetzt gehabt haben. Wir wissen natürlich, dass die Lage so ist, dass über hundert Fraktionskollegen mit Dop-

pelmitgliedschaften belastet sind. Ihr müsst euch das mal tatsächlich vorstellen und einige Ausschüsse sind eben ganz besonders belastet. Das heißt, dass hier die Präsenzfragen, die dauernd in den Ausschusssitzungen, auch wenn keine Gesetzesvorlagen beschlossen werden, dran sind, immer tatsächlich aktuell sind. Es kann nicht anders sein, als dass jedes einzelne Fraktionsmitglied sich dieser Verantwortung im Ganzen bewusst ist. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, stärkere disziplinarische oder welche anderen Maßnahmen zu ergreifen und zu beschließen.

Dies, was euch hier vorliegt, ist eine höfliche, auch milde, wenn ihr wollt, dennoch sehr bestimmte Erinnerung an Regeln, die sich diese Fraktion selber mal gegeben hat und Verpflichtungen für Fraktionsmitglieder. Wir waren gestern im Vorstand der Meinung, dass dieses vielleicht nicht ausreicht, daran sich zu erinnern. Wir wollen es aber dennoch mal mit einer solchen Erinnerung zunächst als Appell an euch belassen bis zur Sommerpause. Vielleicht müssen wir dann miteinander in noch größerer Ruhe, als wir sie heute haben können, beraten, was zu tun ist.

Genossinnen und Genossen, insbesondere möchte ich euch bitten, die Lage der Obleute zu sehen. Es geht nicht an, meine ich und das meint auch der Vorstand, dass die Obleute hinter den einzelnen Mitgliedern herlaufen müssen und sehen müssen, wie sie ihre Präsenzen zusammenhalten, sondern umgekehrt ist der Weg. Wenn ein Mitglied der Fraktion aus ganz dringenden Gründen verhindert ist oder eben weil die Ausschusslage in dem anderen Ausschuss, in dem er auch noch tätig ist, so ist, dass er da sein muss, er den Obmann benachrichtigt. Dieses ist der Weg, nicht umgekehrt! Jeder ist verantwortlich, dem Obmann zu sagen, wo er steckt und wann er eventuell, vielleicht und aus welchen Gründen nicht kommen kann. Dieses müssen wir in gegenseitiger Hilfe miteinander hinkriegen. Und Genossinnen und Genossen, noch eines zu einigen Ausschüssen, in denen es ganz anders aussieht. Es ist uns ja in der Planung bei der Besetzung der Ausschüsse gelungen, einige

Ausschüsse frei von Doppelbesetzungen zu halten. Es gibt für Mitglieder in diesen Ausschüssen keinen Grund, nicht anwesend zu sein. Ich sage das so dick und deutlich, wie ich es meine. Damit meine Innen, Recht, Haushalt beispielsweise und ein paar andere mehr. Dieses Aufeinander-Zukommen scheint mir eine Grundbedingung, wenn wir die Ausschusspräsenzen so bestehen wollen, dass wir politisch durchhalten.

Es gilt natürlich dasselbe fürs Plenum. Es ist ja beinahe zum Verzweifeln, nicht. Ich komme mir ja manches Mal schon lächerlich vor, muss ich hier mal sagen, bei den Durchrufen und jedes Mal, wenn eine bestimmte Gruppe im Plenum ihre Sachen behandelt, bitten sie mich, holt doch die anderen heran. Es sind immer die anderen. Einige sind allerdings fast durchgehend auch im Plenum. Es ist möglich. Es ist offensichtlich einigen möglich. Herbert [Wehner] ist es sowieso immer möglich.

Wehner: Ja, da haben schon Leute gesagt, weil der senil ist. Das ist auch eine Erklärung.

(Heiterkeit.)

Timm: Vorbilder, Herbert [Wehner]. Ich weiß es nicht. Sollte vielleicht auch. Aber eines ist eingerissen und das haben wir mit ganz großer Besorgnis beobachtet. Genossinnen und Genossen, wir haben inzwischen mehr als ein Dutzend sogenannter Ad-hoc- und Querschnittsarbeitsgruppen. Die wollten wir ja politisch als Vor-Fraktion. Da soll auch gearbeitet werden. Aber es ist unmöglich, dass diese Arbeitsgruppen zu Zeiten und Terminen tagen, beispielsweise Dienstagvormittag Arbeitskreis- und Arbeitsausschusssitzungen oder auch am Donnerstag während der Plenarsitzungen oder gar am Mittwoch während der Ausschusssitzungen. Es ist unmöglich! Wenn ihr am Donnerstag beispielsweise die Mittagszeit ausnutzt, müsst ihr es hinkriegen dann aber auch wieder ins Plenum oder mindestens die Zeit freizuhaben fürs Plenum. Wir verweisen darauf, wenn die politische Dringlichkeit besteht,

doch bitte den Montag dann mit zu benutzen. Eine ganze Reihe von uns müssen auch ihre Arbeit für die Fraktion am Montag bereits leisten. Wenn wir es politisch für wichtig halten.

Noch ein Wort zu den Querschnitt- und Ad-hoc-Arbeitsgruppen. Sie sind ja sehr unterschiedlicher Art. Bitte überprüft miteinander, ob nicht der eine oder andere politische Auftrag, den sich die Gruppe vorgenommen hat, auch jetzt mal dann beendet werden kann, zum Abschluss gebracht werden kann und hier politisch in die Fraktionsarbeit eingespeist werden kann. Vielleicht sollten wir uns sogar zu Ende oder zu Anfang der Sommerpause überlegen, ob nicht alle mal wieder aufhören und wieder neu gegründet werden und ihre politische Notwendigkeit damit überprüft wird. Vielleicht kriegen wir es auch so hin.

(Beifall.)

Versuchen wir es erst einmal, das wäre meine Bitte, mit dieser Erinnerung und Aufforderung, diesem Appell zu belassen und zu versuchen, es hinzukriegen. Schönen Dank für eure große Aufmerksamkeit.

(Beifall.)

Wehner: Die letzte Floskel galt vor allen Dingen der großen Unruhe, die sich umfunktioniert hat in Zustimmung. Aber es war ja außerdem eine wirkliche Zustimmung.

Nun, Genossen, ich bitte jetzt, dass Bruno *Friedrich* kurz berichtet im Nachgang zu dem Punkt 6, das heißt Regierungserklärung und Entschließung, die vorhin Gegenstand unserer Debatte war nach dem Gespräch, das er mit den Kollegen von der anderen Fraktion gehabt hat, das Wort noch zu nehmen und zugleich auch zu sagen, wer in die Debatte einsteigen wird, abgesehen davon, wer eventuell noch weiter ausputzen muss. Bruno *Friedrich*.

Friedrich: Wir haben jetzt – Horst *Ehmke*, Peter *Cortier*, Annemarie *Renger* waren mit dabei, hat aus anderem Anlass noch ein solches Gespräch mit der FDP gegeben – mit *Genscher* und *Hoppe* gesprochen, wobei von der FDP folgender Vorschlag gemacht wird. Der *Bundesaußenminister* wird das, was hier vorgeschlagen worden ist mit einzuführen, schlägt er vor, in die Regierungserklärung aufzunehmen. Er selbst als *Außenminister* ist ebenfalls bereit, dies in seine Rede aufzunehmen. Er meint aber, hier an dieser Stelle in der Entschliebung könnte es als vorrangig gegen die USA gerichtet wirken und wäre für die Union möglicherweise ein billiger Anlass, die Entschliebung abzulehnen. Deshalb seine Auffassung, dies in der Regierungserklärung zu betonen, wobei wir dies dann in der Debatte noch ausführen können und die Anregung, die Entschliebung so, wie sie ist, zu belassen. Ich glaube, das ist eine faire Sache und wir sollten dem zustimmen.

Wehner: Wie war das mit den Rednern?

Friedrich: Als Redner Alfons *Pawelczyk*, Paul *Neumann*. Wobei dann je nach Debattenverlauf natürlich die Genossen auch noch bereitstehen müssen, um da auszuputzen.

Wehner: Wird dazu noch das Wort gewünscht? Ich glaube, wir sollten das so versuchen, mit Nachdruck deutlich. Helmut *Schmidt* weiß Bescheid hinsichtlich des Punktes in der Regierungserklärung.

Dann, Genossen, unter Aktuelles aus den Arbeitskreisen ist noch fällig, das Erhard *Mahne*, so präzise sich das machen lässt, zu dieser Problematik, die ja auch manche schon durch Briefe und durch Zusendungen selbst zugetragen bekommen haben, Bahn-, Post-Omnibusdienste etwas sagt. Erhard *Mahne*.

Mahne: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich glaube, ich kann das sehr kurz machen. Seit 1960 gibt es bereits Bestrebungen, die Bahn- und Post-

busdienste zusammenzufassen. Diese Bestrebungen haben da zur Bildung von vier Regionalgesellschaften als Versuche geführt. Diese Regionalgesellschaften sind im vorigen Jahr gebildet worden und sie haben ein Jahr – so haben wir feststellen können – erfolgreich gearbeitet. Es war jetzt vorgesehen, diese Regionalgesellschaften insgesamt bundesweit einzuführen mit 21 Regionalgesellschaften. Aber hier hat es dann ja Widerstand gegeben der Post- und Bahngewerkschaften, sodass wir hier im Gespräch mit Bahn- und Postgewerkschaften in einigen Punkten zu einer Übereinstimmung gekommen sind, nämlich darin dass Bahn- und Postbusdienste zusammengeführt werden sollen. Es besteht ferner Übereinstimmung darin, dass die Busdienste weiter im Eigentum des Bundes bleiben und dass sie ihren Verpflichtungen im öffentlichen Personennahverkehr weiter nachkommen sollen. Außerdem die Übereinstimmung, dass den Struktur- und Raumordnungsgesichtspunkten bei der Verkehrsbedienung in der Fläche weitestgehend Rechnung getragen wird und dass die Deutsche Bundesbahn das Dispositionsrecht über die Busse behält.

Keine Übereinstimmung gab es zwischen den Gewerkschaften und uns, aber auch innerhalb der Arbeitsgruppe und innerhalb der Fraktion selbst, in welcher Rechtsform in Zukunft die Busdienste zu betreiben sind und welches Dienstrecht in Zukunft angewendet werden soll. Wir haben jetzt in der Arbeitsgruppe Verkehr und heute Morgen auch mit einmütiger Zustimmung des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik hieraus die Schlussfolgerungen gezogen und wollen jetzt für die vier Regionalgesellschaften die Holding bilden, sodass die dann unter realistischen Versuchsbedingungen laufen wird, von daher auch dann die Kostenstrukturen überschaubar sind. Außerdem wollen wir sowohl theoretisch wie die praktischen Realisierungsmöglichkeiten öffentlich-rechtlicher Unternehmensformen erproben und die verbleibende Zeit, die wir jetzt dadurch gewinnen, dieses zusätzliche Jahr, soll zu intensiven Gesprächen mit den Gewerkschaften genutzt werden, um sicherzustellen

len, dass alle zukünftigen Schritte hier auch gemeinsam abgestimmt werden und die strittigen Fragen gemeinsam und strittigen Rechtsprobleme gemeinsam mit den Gewerkschaften geklärt werden können. So weit hierzu.

Ich muss sagen vielleicht noch der wichtige Hinweis, dass diese Abstimmung in der Arbeitsgruppe nach Kenntnisnahme durch die Gewerkschaften von denen übernommen worden ist und auch von ihnen jetzt offensiv in ihrer Mitgliedschaft vertreten worden sind, sodass die politischen Schwierigkeiten, die sich in den letzten Wochen und Monaten andeuteten, dass diese Schwierigkeiten zumindest vorerst ausgestanden sein werden und wir nun im Rahmen der zeitlichen Möglichkeiten erschöpfend mit den Gewerkschaften gemeinsam nach einer bestmöglichen Lösung suchen können.

Wehner: Ich danke Erhard *Mahne*. Wird das Wort dazu gewünscht?

Mahne: Ich habe eines vergessen, weil ich heute Morgen noch mal gefragt worden bin. Ich muss hier noch ausdrücklich erklären, dass diese unsere Vereinbarung in der Arbeitsgruppe auch die Zustimmung des *Bundesministers für Verkehr* gefunden hat, dass das mit ihm abgestimmt worden ist.

Wehner: Danke. Wir sollten das also mit Anstand bestehen, die Geschichte, weil das viel Wirrwarr draußen und Schlimmeres verursacht.

Aber jetzt noch eine Mitteilung betreffend den Entschließungsantrag zum vorher noch mal aufgegriffenen Punkt. Eben ist durch Konrad *Porzner* mitgeteilt worden, dass die CDU/CSU, die natürlich auch einen einbringt, auf Abstimmung besteht. Umso besser, dann müssen wir abstimmen statt überweisen über den einen wie den anderen. Das heißt aber, wir müssen alle da sein und dann kann man sich ungefähr vorstellen, wie deren Ding aussehen wird. Das war dieser Punkt.

Dann bitte ich jetzt bei der Gelegenheit noch Helmuth *Becker* um einiges, bevor wir zu dem Punkt 17 a) und b), der Abstimmung erfordert, kommen. Helmuth *Becker*.

Becker: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, für die Delegationsreisen nach Hessen, die am Montag und Dienstag, den 22. und 23. Mai und für Mittwoch und Donnerstag, den 17. und 18. Mai geplant sind, fehlen uns noch einige Mitglieder für diese Delegation. Ich wäre euch also sehr dankbar, wenn ihr eure Kalender noch einmal überprüft. Es geht von Mittag zu Mittag. Man kann also morgens anreisen und man kann am zweiten Tag mittags wieder zurückreisen. Wer also noch eine Möglichkeit sieht, diese wichtigen Delegationsreisen durch seine Anwesenheit mit zu unterstützen, den bitte ich sehr herzlich, uns das doch noch kurzfristig mitzuteilen.

Wehner: Genossen, ich möchte das damit unterstützen, dass ich mir die Bemerkung erlaube, es hat dieser Tage einen Vorschlag gegeben, der aber manches zu bedenken gibt, ob man wegen der – ich bitte mir das nachzusehen, wenn ich das Wort so gebrauche – wegen der in Wirklichkeit für die Bundesratssituation seitens der Regierung lebenswichtigen Wahl in Hessen, ob wir dort eine Fraktionssitzung machen. Aber das hat Schattenseiten, denn wir werden allmählich sonst in die Gefahr kommen, ein Wanderzirkus zu werden. So gut die Absicht ist und so wenig man in diesem Fall dann Nein sagen könnte, zum Beispiel Nein, dass Bayern auch, das also kurz darauf tagt. Das hat schwere Bedenken, die – wenn man sie genau überlegt – nicht unbegründet sind. Aber das sollten wir doch fertigbringen, dass wir noch einige zusätzliche Meldungen für diese Delegationen bekommen, zumal ja der Versuch gemacht werden wird, die Dauer dieser Delegationsreisen ein wenig zusammenzudrängen, sodass das also etwas leichter für die ist. Aber nichts hat bisher draußen so positiv gewirkt wie gut angesetzte Delegationsreisen, bei denen man eben tatsächlich ausgeschwärmt ist und Gelegenheit bekommen hat, in der lokalen Presse und in Gesprächen mit allen

möglichen auch Verbänden und anderen sich über unsere wirkliche Arbeit und unsere Ansichten zu äußern. Also ich hoffe, dass der Appell von Helmut *Becker* auf guten Boden fällt.

Wir kommen zu Punkt 17 a) und b). Helga *Timm*.

Timm: Konrad [*Porzner*] hat vorhin schon darauf hingewiesen, dass im Zusammenhang mit dem Gesetz über die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste jetzt die Parlamentarische Kontrollkommission eingesetzt werden muss. Das geht über einen Antrag und ich wiederhole noch mal, der Antrag wird aufgerufen nach der Fragestunde am Donnerstag. Darüber wird dann abgestimmt. Es müssen alle da sein, weil hinterher ja gleich die große namentliche Abstimmung über die Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates stattfindet. Seid also alle da. Das ist der Vorgang, weil mit der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages dieser Antrag oder diese Kommission eingesetzt werden muss. Die Kommission soll sich dann aus acht Mitgliedern des Bundestages zusammensetzen, drei – drei – zwei. Die Vorschläge für die Personen für unsere Fraktion liegen euch auch in einer Vorlage auf dem Tisch. Wir schlagen euch vom Vorstand vor Herbert *Wehner*, Alfred *Emmerlich*, Gerhard *Jahn*. Ich bitte um eure Zustimmung.

Wehner: Wird das Wort dazu gewünscht? Was die Vorschläge betrifft, gibt es andere Vorschläge, Genossen? Wenn das nicht der Fall ist, dann bitte ich diejenigen, die für die Einbringung dieser Vorschläge sind, ums Handzeichen. Danke. Gegenteilige Meinung. Stimmenthaltungen. Das ist also beschlossen.

Wird das Wort zu Verschiedenem gewünscht? Das ist nicht der Fall. Tut mir leid. Also ich wünsche gute Fortsetzung für den Abend und schließe die Sitzung.

- 1 In der ursprünglichen Tagesordnung waren als TOP 1–4 die politischen Berichte vorgesehen, anschlie-↵
ßend ab TOP 5 die Vorbereitung der Plenarsitzungen. Vgl. zur ursprünglichen Tagesordnung AdsD, SPD-
Bundestagsfraktion, 8. Wahlperiode, 2/BTFH000053.
- 2 Hier war ursprünglich, wie von Konrad *Porzner* erwähnt, vorgesehen: TOP 7: Große Anfrage der CDU/↵
CSU-Fraktion betr. die menschenrechtliche Lage in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa und
ihre Erörterung auf dem KSZE-Überprüfungstreffen in Belgrad, dazu Entschlie-ßung der SPD- und FDP-
Fraktion, Bericht von Peter *Cortier*. Vgl. AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, 8. Wahlperiode, 2/
BTFH000053.
- 3 Es ist unklar, wer damit gemeint ist.↵
- 4 Möglicherweise ist damit Otto *Graf Lambsdorff* von der FDP gemeint.↵
- 5 Vermutlich reicht der Abgeordnete *Schöffberger* dem Fraktionsvorsitzenden soeben seine Notizen.↵